

SPARTAKIST



HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 108

NOVEMBER/DEZEMBER 1993

50 Pfennig

AIDS und das Blutgeschäft des Vierten Reichs

BERLIN, 6. November — Die schockierende Nachricht, daß bis vor kurzem HIV-verseuchte Blutprodukte im ganzen Land und in andere Länder bewußt verkauft wurden, hat die Bevölkerung in Deutschland erschüttert. Betroffene deutsche Krankenhäuser haben mehrere Millionen Patienten behandelt. Ärzte berichten, daß bis zu 30 Prozent der Patienten Operationen verschieben. Krankenhäuser und Gesundheitsbehörden werden von Anrufen überflutet. Die ertappte Firma, UB-Plasma in Koblenz, kippte routinemäßig mehrere Blutproben zusammen, bevor sie getestet wurden — um Geld zu sparen. Solche Manipulationen

haben HIV-positive Reaktionen verschleiert. Wie eine Frau in einem Berliner Supermarkt sagte: „Sie haben die Leute umgebracht, nur wegen dem Geld!“

Vier Beschäftigte von UB-Plasma wurden verhaftet, aber die wirklichen Kriminellen sitzen in Bonn. Mitte Oktober „entdeckte“ Bonn, was es ein Jahrzehnt lang vertuscht hat: Die Pharma-Gangster haben seit Anfang der 80er Jahre bewußt infiziertes Blut verkauft. Über die Hälfte der Bluter in Westdeutschland — 2300 bis 2800 Menschen — und ebenso viele Empfänger von Transfusionen, anderen Blutprodukten

Fortgesetzt auf Seite 15

Balladur angeschlagen — Auftrieb für Arbeiter in ganz Europa Air-France-Streik siegt!



Jobard-Witt/Sipa

„Die Regierung hat keine Angst vor den Streikenden der Air France. Was sie fürchtet, ist, daß alle auf die Straße gehen könnten und sagen: ‚Genug!‘“ (Ein streikender Air-France-Arbeiter).

„Dies ist kein Streik, sondern eine Revolte“ (Bernard Bosson, französischer Minister für Transport).

Fast zwei Wochen lang stürzte ein Streik des Air-France-Bodenpersonals gegen drohende Entlassungen und Lohn-

kürzungen die Pariser Flughäfen in ein Chaos und endete mit einem Sieg auf dem Schlachtfeld. Der Kampf elektrisierte die französische Arbeiterklasse, während die Regierung aus Angst vor der Militanz der Arbeiter zurückschreckte. Als die neue, rechtsgerichtete französische Regierung von Edouard Balladur am 25. Oktober klein beigab, waren die bürgerlichen Sprachrohre in der ganzen Welt

Fortgesetzt auf Seite 21

Brief aus Italien

Staat und Pfaffen: Hände weg von der Abtreibung

Mailand, 21. Oktober 1993

An die *Spartakist*-Redaktion

Ich habe den *Spartakist* Nr. 106 (September) mit großem Interesse gelesen. Nachdem Hunderte von Fabriken plattgemacht wurden und mit ihnen das kostenlose Gesundheitswesen, die Kindereinrichtungen, die kostenlose Ausbildung, welche es jedem ermöglichte, einen Beruf zu erlernen oder an der Uni zu studieren, wurde nun nach drei Jahren Konterrevolution auch den Frauen das Recht auf ihre eigene Entscheidung über Familie und Kinder genommen. Damit wurde nicht nur den Frauen in der DDR eine der bedeutendsten sozialen Errungenschaften zerstört, sondern auch der jahrzehntelange Kampf der Frauenbewegung im Westen gegen den Schandparagraphen 218 zunichte gemacht.

Wenn Ihr schreibt, daß die Abtreibung wegen ihrer Rechtswidrigkeit praktisch aus allen öffentlichen Krankenhäusern verbannt worden ist, dann ähnelt dieser Zustand sehr dem, der im Lande des Papstes herrscht. Hier ist die Abtreibung durch das sogenannte Gesetz 194, welches 1978 unter dem Druck von sozialen Kämpfen in Kraft gesetzt wurde, nach obligatorischer Zwangsberatung und nur aus ökonomischen, sozialen sowie familiären Gründen erlaubt. Jedoch können sich Ärzte aus moralischen Gründen weigern, diesen chirurgisch relativ einfachen Eingriff durchzuführen, wodurch ein medizinisch betreuter und kostenloser Schwangerschaftsabbruch fast unmöglich ist.

Besonders für Arbeiterfrauen und Immigrantinnen ist es schwierig, dieses Mittel zur Geburtenkontrolle anzuwenden, da sich mit dem zunehmend reaktionären politischen Klima immer weniger Ärzte bereit finden, diesen Frauen zu helfen. Das schließt natürlich nicht aus, für ein „kleines Entgelt“ einen Eingriff in einer Privatklinik durchführen zu lassen, was sich aber die Mehrheit der Frauen nicht leisten kann. Im Süden Italiens zum Beispiel betrug 1991 die Beschäftigungsrate bei den Frauen nur 25,3 Prozent, bei einer mittleren Rate von 30,7 Prozent in ganz Italien. Dabei ist es im Süden durch soziale Rückständigkeit und den besonders starken Einfluß der katholischen Kirche oftmals schwierig, ein Krankenhaus zu finden, das den Abbruch praktiziert. Das bedeutet für viele Hunderte von Frauen einen illegalen

Schwangerschaftsabbruch ohne medizinisch qualifiziertes Personal, und damit, ihre Gesundheit und oft auch das Leben aufs Spiel zu setzen, genau wie schon vor 50 Jahren.

Die Mailänder Frauenklinik „Mangiagalli“, eines der wenigen und wahrscheinlich das berühmteste Frauenkrankenhaus in Italien, wo eine unkomplizierte und freie Abtreibung praktiziert wird, ist seit der Einführung des legalen Schwangerschaftsabbruchs ständig Angriffen von Seiten des Staates und des Klerus ausgesetzt. Im März dieses Jahres wurden einige Frauenärzte dieser Klinik vor den Richter geführt, nachdem in einer Razzia alle Unterlagen und Karteien über Schwangerschaftsabbrüche bei Minderjährigen durchsucht wurden, die nach Ablauf der 90-Tage-Frist gemacht wurden. Es wurden Strafen von einem Jahr und vier Monaten bis zu dreieinhalb Jahren für den dienstverantwortlichen Francesco d'Ambrosio und weitere fünf Ärzte festgesetzt. Die Lega Trotskista d'Italia, in der ich Mitglied bin, protestierte gegen diese Angriffe auf die demokratischen Rechte der Frauen und fordert: „Staat und Pfaffen – Hände weg vom Mangiagalli!“ und „Rücknahme der Anklagen gegen die Abbruch-Ärzte!“

Am 6. März verteilten vor dieser Frauenklinik rund 30 Skinheads ungestört Flugblätter zur „Verteidigung des Lebens“, ermuntert durch den moralischen Kreuzzug der Kirche und des Staates. Einige Tage später forderte der katholische Regisseur Franco Zeffirelli sogar die Todesstrafe für Frauen, die abtreiben. Die Lega Trotskista d'Italia kämpft für eine breite Mobilisierung von Krankenhauspersonal, Studenten, Arbeitern und Arbeiterinnen, die es den Faschisten unmöglich macht, die Frauen und die Belegschaft dieser Frauenklinik einzuschüchtern und zu bedrohen.

Zum Schluß möchte ich als ehemalige DDR-Bürgerin noch eine kurze Bemerkung zu den Abtreibungspraktiken in der DDR machen. Nach Einführung der freien und kostenlosen Schwangerschaftsunterbrechung Anfang der 70er Jahre waren die Unterbrechungen rückläufig. Das lag vor allem daran, daß die Pille einfach und kostenlos auf Rezept vertrieben worden ist. Auch der Aufklärungsunterricht im Biologieunterricht (im Alter von 14 Jahren), wo über Verhütungsmittel und ihre richtige Anwendung gesprochen wurde, trug dazu bei, daß Frauen in der Lage waren, selbst zu entscheiden, welches für sie das beste Mittel zur Geburtenkontrolle darstellt. Die Abtreibung gab es auf Rezept und ohne Zwangsberatung oder Unterschrift des Ehemannes bzw. der Eltern. Es war eine Angelegenheit zwischen Arzt und Patientin, und niemand hatte das Recht, die Entscheidung der Frau in Frage zu stellen.

Hier in Italien bevorzugt man Religionsunterricht in den Schulen oder schlägt den Jugendlichen sexuelle Enthaltsamkeit als wirksames Mittel gegen AIDS vor. Deshalb fordern wir „Religionsunterricht raus aus den Schulen“, wir fordern die Trennung von Staat und Kirche, massive Verteilung von sicheren und wirksamen Verhütungsmitteln in den Schulen sowie eine adäquate Sexualerziehung in den Schulen.

Der Kampf für den Aufbau einer leninistischen Partei, welche in der Lage ist, die sozialen und politischen Kämpfe des Proletariats gegen die massiven Angriffe des kapitalistischen Staates auf bereits Errungenes zu führen, ist in Deutschland wie in Italien eng mit der Verteidigung und dem Kampf für die demokratischen Grundrechte der Frauen verbunden.

Mit kommunistischen Grüßen
Ramona B.

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens,
Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht,
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes,
Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Uwe Asanov

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg, Fax (040) 33 01 54
Postfach 51 06 55, 13306 Berlin, Fax (030) 491 14 79, ab 1. Dezember (030) 4 43 94 02
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 491 45 48, ab 1. Dezember (030) 4 43 94 01
Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88 801, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 108

November/Dezember 1993

Jelzin verschärft die Repression

In den Tagen nach dem Massaker vom „Blutmontag“ des 4. Oktober, bei dem vom russischen Parlamentsgebäude nur ein rußgeschwärztes Gerippe blieb, drückte Möchtegern-Zar Boris Jelzin eine Reihe von Maßnahmen durch, die das Ziel hatten, die Bevölkerung zu terrorisieren und jede Opposition gegen seine von den Imperialisten diktierte Austeritätspolitik des „freien Marktes“ für ungesetzlich zu erklären. Tausende von Polizisten und Soldaten patrouillieren durch Moskau, zerstreuen selbst die kleinste Diskussion an der Straßenecke und greifen willkürlich Leute an, um sie zu verhaften. Jelzins Günstlinge sind eifrig dabei, vor allem im Schutz der Nacht, eine Terrorherrschaft auszuüben. Mehrere Dutzend Menschen sind von den schießwütigen Polizisten getötet oder verwundet worden.

Gegen dunkelhäutigere Menschen aus Zentralasien und dem Kaukasus, die von russischen Rassisten verächtlich „Schwarze“ geschimpft werden, ist eine rassistische Hysterie entfacht worden, und sie werden zu Sündenböcken für den astronomischen Anstieg der Straßenkriminalität gemacht, die die Wiedereinführung des Kapitalismus begleitet hat. Die Moskauer Behörden nutzten den Belagerungszustand dazu aus, eine Serie von pogromartigen Razzien durchzuführen; offiziell schoben sie dabei 3400 nichtslawische Menschen ab und zwangen durch Terror mindestens weitere zehntausend dazu, innerhalb einer Woche die Stadt zu verlassen.



Der Spiegel

Jelzins OMON-Spezialeinheiten gehen gegen Verteidiger des Parlaments vor

Wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (11. Oktober) bemerkte, werden die offiziellen Angaben der Opfer zwar dauernd nach unten korrigiert, westliche Quellen dagegen *Fortgesetzt auf Seite 4*

Über den Jelzin-Putsch: Korrektur zu unserem Standpunkt

Der Artikel „Jelzins Putsch dient den Imperialisten“ in *Spartakist* Nr. 107 (Oktober) erklärt:

„Fast zwei Wochen lang hatte es ein Patt zwischen den konkurrierenden Fraktionen der bürgerlichen Restauration gegeben. Diejenigen, die sich vor dem Weißen Haus versammelten, unterstützten politisch einen Flügel der Kräfte der kapitalistischen Restauration. Doch hätte es, als der Kampf auf die Straße getragen wurde, eine bedeutende Spaltung im Staatsapparat gegeben, die ein klares Machtvakuum eröffnete, dann hätte es die Möglichkeit für eine proletarische Mobilisierung unabhängig von beiden Lagern gegeben mit dem Ziel, alle kapitalistischen Kräfte wegzufegen. Aber die Unruhen haben diesen Punkt nicht erreicht, und die Arbeiterklasse sah niemanden, der für ihre Interessen kämpft.“

Der Artikel verurteilte zwar Jelzins bonapartistischen Putsch, der von den USA unterstützt wurde, zog aber nicht die Schlußfolgerung, daß es notwendig war, die Arbeiterklasse dazu aufzurufen, aktiv dagegen Widerstand zu leisten. Vielmehr wurde ein solcher Widerstand von einer *vorherigen* Spaltung im Staatsapparat (d.h. Armee und Polizei) abhängig gemacht. In Wirklichkeit wäre eine proletarische Mobilisierung am ehesten ein notwendiger Katalysator für eine solche Spaltung gewesen. Im Laufe einer Diskussion innerhalb der Internationalen Kommunistischen Liga wurde entschieden, daß das Fehlen dieses Aufrufs eine abstentionistische Abstumpfung unserer Linie darstellte. Außerdem machte dieser Absatz dadurch, daß er ausdrücklich betonte, eine proletarische Mobilisierung müsse „unabhängig von beiden Lagern“ sein, *nicht die Unterscheidung* zwischen politischer Opposition zu den sich bekämpfenden restaurativen Fraktionen und der Möglichkeit eines militärischen Blocks mit den Ruzkoi/Chasbulatow-Kräften, die zu *diesem Zeitpunkt* von Jelzin und seinen imperialistischen

Gönnern als ein Hindernis für die Konsolidierung eines starken konterrevolutionären Regimes gesehen wurden.

Die Verteidigung des Parlaments, das der Konsolidierung der Macht in Jelzins Händen *im Wege stand*, gegen seine Auflösung im Dienste des Imperialismus stellte sich vom 21. September an. Als der Kampf am 3./4. Oktober auf die Straße getragen wurde, unterstrich dies die Zerbrechlichkeit des schwachen kapitalistischen Staates, doch die Arbeiterklasse sah in keiner Seite eine Kraft, die für ihre Interessen kämpfen würde. Eine massive Intervention der Arbeiterklasse hätte die bestehenden politischen Gruppierungen zertrümmert, denn beide Flügel fürchteten das Gespenst des Bürgerkriegs. Gefehlt hat eine revolutionäre Avantgarde, die im Proletariat verwurzelt ist; diese hätte glaubwürdig dafür kämpfen können, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten *unabhängig* zu mobilisieren, und wäre dabei einen *militärischen Block* mit den Ruzkoi/Chasbulatow-Kräften eingegangen, die gegen Jelzins Vorstoß waren, seinen Griff nach der Macht vom August 1991 zu vervollständigen und seinen Sieg mit Blut zu besiegeln.

Ein militärischer Block mit den Ruzkoi/Chasbulatow-Kräften in dieser Konfrontation würde nicht die geringste politische Unterstützung beinhalten und würde nicht die Möglichkeit ausschließen, diese zeitweiligen Verbündeten gegen Jelzin schnell hinwegzufegen auf dem Weg zur Errichtung von Organen der proletarischen politischen Macht (d.h. Sowjets). Ein militärischer Block, wie andere gemeinsame Aktionen, heißt *nicht*, sich auf einem gemeinsamen politischen Programm zusammenzuschließen, wie kritisch auch immer. Es ist entscheidend, das eigene politische Programm und die organisatorische Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten, während man mit einer anderen politischen, oder in diesem Fall militärischen, Formation in einer konkreten und besonderen Aktion zusammen vorgeht.

Jelzin...

Fortsetzung von Seite 3

sprechen von 500 bis 1000 Toten. Weitere Hunderte wurden zu „Befragungen“ und Folter weggeschleppt. Einige „demokratische“ Jelzin-Kräfte haben ein Verbot aller kommunistischen Symbole verlangt. (In unserer letzten Ausgabe haben wir fälschlicherweise berichtet, daß dieses Verbot schon verhängt worden sei.) Selbst zahme Sozialdemokraten wie Boris Kagarliski wurden von OMON-Einsatztruppen zeitweilig verhaftet und brutal zusammengeschlagen.

Jelzin ist schnell daran gegangen, seine Präsidialdiktatur auszubauen. Ruzkoi, Chasbulatow und anderen verhafteten Führern der parlamentarischen Opposition drohen bis zu 15 Jahren Haft. Das Verfassungsgericht wurde suspendiert; lokale und regionale Vertretungsorgane wurden entweder aufgelöst oder ihre Macht zugunsten von handverlesenen „Gouverneuren“ beschnitten. Bis auf ein paar regionale Vertretungsorgane haben sich alle Jelzins Dekret unterworfen, im Dezember Wahlen für eine „Duma“ – die Bezeichnung für die Pseudo-„legislative“ der zaristischen Selbstherrschaft – abzuhalten, die nur Jelzins Politik absegnen soll. Dazu soll es eine Volksabstimmung über eine neue „Verfassung“ geben, die Jelzins Clique ihm auf den Leib geschrieben hat. Diese Wahlen werden nicht nur massiv manipuliert sein, sondern sie werden auch, wie es ein Provinzbeamter formuliert hat, „Wahlen unter den Läufen von Maschinengewehren“ sein.

Wie wir in der letzten Ausgabe schrieben, signalisierte Jelzins Sturm auf das Weiße Haus „die ersten Schüsse eines bonapartistischen Regimes, das sich vorgenommen hat, jeglichen Widerstand gegen die Verelendung durch den ‚freien Markt‘ brutal zu unterdrücken“. Im Anschluß daran erließ Jelzin ein Dekret zur Aufhebung der Brot-Subventionen, wodurch die Preise um ein Vielfaches stiegen. Der neue Staatshaushalt soll 30 Prozent aller Industrieunternehmen schließen, was zu Millionen Entlassungen führen wird. Einer aus der neuen „Bisnes“-Elite frohlockte: „Ich wäre glücklich, wenn Jelzin für ein oder zwei Jahre ein Diktator wie Pinochet werden würde, um Rußland sicher zu machen und um der Wirtschaft die Chance zu geben, zu wachsen.“

Als Jelzin vor zwei Jahren seinen proimperialistischen Gegenputsch durchführte, nach dem kläglichen Scheitern des Putsches von aufmüpfigen Gorbatschowisten, haben sich Liberale und Pseudolinke aller Schattierungen den Imperialisten angeschlossen und dies als eine „demokratische Revolution“ bejubelt. Nur wir Trotzlisten von der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) stellten die Forderung auf: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!“ Wir schrieben, daß die sowjetischen Arbeiter zur Verteidigung der sozialen Grundlagen des degenerierten Arbeiterstaats hätten mobilisiert werden müssen, um Jelzins Barrikaden der Konterrevolution niederzureißen.

Im Gegensatz dazu sandte am 21. August, dem Tag von Jelzins Gegenputsch, der damalige PDS-Vorsitzende Gregor Gysi seine „herzlichsten Glückwünsche“ an Jelzin und gratulierte ihm „zum Sieg der Kräfte der Demokratie und der Freiheit“, der „stets eng mit Ihrem Namen“ verbunden sein wird. Nachdem die PDS mit Gorbatschows Rücken-deckung die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkt hatte, war es keine Überraschung, daß diese Sozialdemokraten zu Jelzins Barrikaden eilten. Jetzt muß die PDS ihre Helden der „Demokratie und der Freiheit“ kritisieren. Leider hat sein zweiter Putsch gegen die „Verfassung und Gewaltfreiheit“ verstoßen. Schon bei der Auflösung des Parlaments beklagte sich der jetzige PDS-Chef Bisky laut *Neues Deutschland* (23. September), daß „Jelzin keinesfalls der beschworene Garant demokratischer Reformen“ sei. Natürlich brachte er selbst diese Feststellung

nicht über die Lippen, ohne „vor einer Verklärung sowjetischer Realität und der Ideologie des Zurück“ zu warnen.

Die Gruppe Rabotschaja Demokratija (Arbeiterdemokratie), Schwesterorganisation der britischen Militant-Tendenz und der deutschen Voran-Gruppe, kletterte buchstäblich auf Jelzins Barrikaden, um sich dem zusammengewürfelten Abschaum von Anhängern der Wiederherstellung des Kapitalismus anzuschließen. Nun (bei einer Veranstaltung von Labor Militant am Hunter College in New York am 6. Oktober) versuchen sie ihre frühere Unterstützung für Jelzins „Demokraten“ mit dem Argument zu verschleiern, daß es im Kapitalismus keine wirkliche Demokratie geben kann und Jelzin vorhat, eine kapitalistische Diktatur zu errichten. Aber erst vor ein paar Monaten hat Elizabeth Clark als Sprecherin bei einer Militant-Sommerschule in Britannien immer noch die Position vertreten, daß die Hauptaufgabe im August 1991 gewesen sei, die „winzigen Anfänge von Demokratie“ dadurch zu verteidigen, daß man Jelzins Seite bezieht.

Wie wir vor fast einem Jahr schrieben: „Die Periode der offenen Konterrevolution, die von Boris Jelzins proimperialistischem Gegenputsch im August 1991 eingeleitet wurde, kulminierte angesichts des Ausbleibens von Massenwiderstand der Arbeiterklasse in der Schaffung eines bürgerlichen Staates, wie zerbrechlich und reversibel dieser auch sein mag“ („Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde“, *Spartakist* Nr. 100, Januar). Wir warnten auch davor, daß sich die neuen kapitalistischen Herrscher auf eine nackte bonapartistische Diktatur zubewegen werden, um den sowjetischen Massen die Verelendung durch den „freien Markt“ aufzuzwingen. Das ist die Bedeutung von Jelzins Putsch. Wenn auch der blutige Henker im Augenblick fest im Sattel sitzt, gibt es aber noch nichts, was einer stabilen kapitalistischen Klasse nahekommt.

Zahlreiche Berichte verdeutlichen, daß die oberste Armeeführung bis zur letzten Minute zögerte, Truppen zum Sturm des „Weißen Hauses“ einzusetzen, weil sie fürchtete, einen Bürgerkrieg zu entfesseln, der zu einer tiefen Spaltung im Militär und Staatsapparat geführt hätte. Selbst in Jelzins eigenem Lager hat es Abspaltungen gegeben, wie der Rücktritt seines altgedienten Beraters und stellvertretenden Ministerpräsidenten Sergej Schachrai zeigte. Inzwischen ist die russische Bevölkerung zutiefst entsetzt über das Blutbad, das auf den Straßen ihrer Hauptstadt entfesselt wurde.

Aber die Arbeiter können auf nichts schauen, was einer proletarischen Führung auch nur nahekäme. Obwohl die Kommunistische Partei – Russische Föderation (KP-RF) behauptet, 600 000 Mitglieder zu haben, war dieses größte Überbleibsel der auseinandergebrochenen stalinistischen Bürokratie in den zwei Wochen, die zu Jelzins Blutmontag führten, nirgendwo zu sehen. KP-RF-Führer Gennadi Sjuganow verurteilt das Verbot seiner Organisation unter Berufung darauf, daß er ein „wirklicher Zentrist“ sei! In ähnlicher Weise protestierte ein Sprecher der Zeitung *Rabotschaja Tribuna* (Arbeitertribüne) – die vom ehemaligen offiziellen FNPR-„Gewerkschafts“-Dachverband und der korporatistischen Union der Industriemanager gemeinsam herausgegeben wird – gegen das Verbot: „Diese Zeitung hat alles getan, was sie konnte, um die Arbeiter von der Straße fernzuhalten“ (*Financial Times*, 6. Oktober).

Was die sowjetischen Arbeiter brauchen, ist eine bolschewistische Partei, die sich dem Ziel verpflichtet, Jelzin und alle Mächtgern-Ausbeuter durch sozialistische Revolution wegzufegen. Aufhebung des Verbots aller Zeitungen und Organisationen! Freiheit für alle gefangenen politischen Jelzin-Gegner! Stoppt die rassistischen Polizei-Razien gegen nichtrussische Minderheiten! Nieder mit Mächtgern-Zar Boris, dem Werkzeug der westlichen Banken!

Nach Workers Vanguard Nr. 586, 22. Oktober

4
Junge
Spartakisten

Nach Pankower Pakt von CDU/SPD/PDS/Reps: PDS/JRE verwandeln Antifa-Demo in Bittgesuch an Regierung

Mehrere hundert antifaschistische Jugendliche zogen am 15. Oktober zu dem bekannten Nazi-Treffpunkt „No Remorse“ in Pankow, wo rassistische Hetzmusik und Reichskriegsflaggen verkauft werden. Als die Demo in der Tiroler Straße ankam, war der Laden mit Brettern verbarrikadiert, Bullenwannen standen zum Schutz des Naziladens bereit. Viele Antifaschisten waren gekommen, um den Nazi-Dreck wegzuräumen. Aber das war nicht im Sinne der Organisatoren der Demo: Voran/JRE, Jusos, PDS und der Verband der Antifaschisten benutzten die Mobilisierung, um die Regierung aufzufordern, den Laden zu schließen. Wie ein Jugendlicher am Ende der Demo empört feststellte: „Ich finde es ziemlich erniedrigend, vor dem Laden zu protestieren und nichts wirklich dagegen zu tun!“ Viele Jugendliche wollten mehr über die Perspektive der Spartakisten wissen, wir verkauften fast 80 Zeitungen und hatten eine Menge interessanter Diskussionen.

Viele Jugendliche verließen die Demo, als die Stoßrichtung der Organisatoren klar wurde. Eine konkrete Aktion war von JRE nicht geplant, sie wollten die Demo als Mittel benutzen, um „genügend Druck aufzubauen“, um die SPD zum Verbot zu zwingen. Es wurden sogar JRE-Ordner abgestellt, um zusammen mit den Bullen Angriffe auf den Laden zu verhindern. Als ein Demonstrant die Polizei dafür angriff, daß sie Faschisten schützt, eilte der PDS-Sprecher zum Mikro, um sich zu distanzieren. Dann folgte der stellver-

tretende Pankower Bürgermeister von Bündnis 90/Grüne, der unter Pfiffen und Buhrufen beteuerte, daß man keine legalen Mittel habe, um den Laden einfach dichtzumachen; schließlich lebe man in einem „Rechtsstaat“. Ja, im rechtlichen Nachfolgestaat des Dritten Reichs! In seiner Rede auf der Demo erklärte der Spartakist-Sprecher Steffen:

Appelle an den Staat, die Nazis zu stoppen, sind selbstmörderisch. Sowohl die SPD als auch die PDS, die auch zu dieser Demo aufgerufen hat, haben nach dem Nazi-Mord in Solingen eine gemeinsame Erklärung mit den Republikaner-Nazis unterschrieben, worin sie erklärten, daß sie „darauf dringen, daß der Nährboden für die zunehmende Radikalisierung auch in unserem Bezirk ausgetrocknet wird“ (siehe „Schulterschuß von PDS und Rep-Nazis in Pankow“ in *Spartakist* Nr. 105, Juli/August). Es ist klar, gegen wen sich das richten wird. Was notwendig ist, ist die *vom Staat unabhängige Mobilisierung* von Arbeitern und Immigranten. Hier in Deutschland gibt es *drei Millionen* türkische und kurdische Arbeiter. Dieser militante Teil der Arbeiterklasse, der kaum unter dem Einfluß der Anti-Asyl-SPD steht und direkt vom Staats- und Naziterror betroffen ist, muß zusammen mit allen Arbeitern und Antifaschisten mobilisiert werden, um die Faschisten zu zerschlagen. Dafür ist der Aufbau einer revolutionären Partei notwendig, für die wir Spartakisten kämpfen. So, und nur so, können wir die Nazis stoppen, hier und in den USA, in Frankreich, Britannien und überall. ■

Spartakist-Abokampagne erfolgreich abgeschlossen

Wir begrüßen unsere neuen Leser des *Spartakist*, die wir bei der Abokampagne der SpAD gewonnen haben, und hoffen auf einen regen Austausch und gemeinsame Arbeit! Dieses Jahr hatten wir zum ersten Mal die Möglichkeit, durch die Spartakist-Station in Duisburg stärker im Ruhrgebiet zu intervenieren. Gratulation an die Genossen in Duisburg, die 188 Prozent ihrer Quote erreichten, und besonders an Genossen Steffen in Berlin, der beim Wettbewerb national die meisten Abos verkauft hat!

Endergebnis nach vier Wochen

	Quote	Punkte	Prozent der Quote
Berlin	110	117,5	107
Duisburg	25	47	188
Halle	60	62	103
Hamburg	50	59	118
Auf Entfernung	20	8	40
Insgesamt	265	293,5	111



Spartakist

Zehntausende marschieren, um BNP-Faschisten zu stoppen London: Bullen schützen Faschisten vor antirassistischer Demo

Mehr als 50 000 Menschen marschierten am 16. Oktober durch Südost-London, die größte antifaschistische Demonstration in Britannien seit zwei Jahrzehnten. Als Demonstranten versuchten, die Marschroute zum Hauptquartier der faschistischen British National Party (BNP) einzuschlagen, versperrten ihnen Hundertschaften von Bereitschaftspolizei den Weg, die Knüppel schwingend auf die Menge losgingen und mit Angriffen der berittenen Polizei nachsetzten. Dutzende Demonstranten wurden blutüberströmt in Krankenhäuser gebracht. Doch zwei Stunden lang wichen die empörten antifaschistischen Kämpfer nicht von der Stelle, sondern zwangen die rassistischen Schläger in Uniform, sich mehrere Male unter einem Hagel von Stöcken, Steinen, Ziegeln und Pflastersteinen zurückzuziehen. Die Polizei schleppte 31 antifaschistische Demonstranten weg.

Erst vier Wochen vorher, am 19. September, hatten Hunderte antirassistischer Demonstranten es geschafft, die Bullenketten in Brick Lane im Londoner East End zu durchbrechen und dem BNP-Abschaum einige harte Schläge zu versetzen. Die rassistischen „Zeitungen“ der BNP und ein riesiger Union Jack wurden ihnen entrissen und verbrannt. Die Faschisten wurden mit faulem Obst, Eiern und Flaschen überschüttet, mehrere Möchtegern-Hitlers landeten auf dem Pflaster. Diese militante Aktion wurde größtenteils von der Anti Nazi League (ANL) und Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) organisiert. Wie wir in *Spartakist* Nr. 107 (Oktober) berichtet haben, war es das erste Mal in 15 Jahren, daß die BNP-Schläger nicht in der Lage waren, ihre wöchentlichen rassistischen Provokationen dort durchzuführen.

Nach diesem Sieg verhafteten die rachsüchtigen Bullen 23 der antifaschistischen Jugendlichen. Bereits am 10. September waren neun bengalische Jugendliche verhaftet worden, als Bullen eine Wache vor dem Krankenhaus von Tower Hamlets überfielen, wo der 17jährige Quaddus Ali nach einem mörderischen Angriff von rassistischen Schlägertypen im Koma liegt. Und nach dem 16. Oktober droht die Polizei mit weiteren Verhaftungen auf der Grundlage von Videoaufnahmen der Demonstranten. Die Spartacist League/Britain (SL/B) und das Partisan Defense Committee verlangen, daß alle Anklagen gegen die antifaschistischen Kämpfer sofort fallengelassen werden!

Am Tag vor der Demo vom 16. Oktober war die Gegend praktisch in einen Belagerungszustand versetzt worden. Die Polizei berief sich auf den Public Order Act [Gesetz über öffentliche Ordnung], um die Demo-Route am BNP-Hauptquartier vorbei abzulehnen, die von den Organisatoren des



London, 16. Oktober: Polizeitrupps greifen Antifaschisten an

Independent

Protests von ANL und JRE schon Wochen vorher angekündigt worden war. Am Samstag riegelten Tausende von Bullen die Demo-Route sowie alle Straßen in einem knappen Kilometer Entfernung vom BNP-Hauptquartier ab, wo eine Handvoll Faschisten hinter Stahltüren kauerte. Während ANL-Organisatoren darüber „verhandelten“, eine symbolische Delegation durch die Polizeisperre durchzulassen, rissen wütende Demonstranten eine Ziegelmauer nieder, um sich gegen den Bullenangriff zu bewaffnen. Demonstranten riefen in Sprechchören: „Polizisten schützen die Faschisten!“

In den Wochen vor der Demo kämpften die Spartakisten gegen selbstmörderische Illusionen in den bürgerlichen Staat, die von den reformistischen Organisatoren von ANL/JRE verbreitet werden. Ein SL/B-Flugblatt vom 26. September (auszugsweise abgedruckt in *Spartakist* Nr. 107, Oktober) erhob die Forderung: „Die Gewerkschaften, Minderheiten und die Linke müssen zu Tausenden mobilisieren: Jagt die Faschisten von der Straße!“ Mit der Losung „Denkt an Cable Street!“ rief das Flugblatt die Erinnerung an 1936 wach, als eine Mobilisierung von Hunderttausenden Arbeitern, viele von ihnen Juden, den Versuch eines faschistischen Marsches durch das East End stoppten.

SL/B-Unterstützer kämpften für diese Perspektive, auch auf einem Treffen am 28. September, zu dem die JRE und der örtliche Trades Council (Gewerkschaftsgruppe) von Tower Hamlets aufgerufen hatten. Am 16. Oktober marschierten die Spartacist League und ihre Unterstützer mit dem Banner „Keine erbärmlichen Appelle an den kapitalistischen Staat! Für Mobilisierungen der Gewerkschaften/Minderheiten, um die Faschisten zu zerschlagen!“ Wie das SL/B-Flugblatt erklärte: „Die Arbeiter, die Frauen und die Schwarzen, Asiaten, Juden und Schwulen – die Zielscheiben des BNP-Terrors – brauchen eine Arbeiterregierung, so daß alle Menschen ein anständiges und sicheres Leben haben können, in einer Gesellschaft frei von Ausbeutung und Rassismus.“ ■

„Es bildet sich der Staat heraus, es wird eine besondere Macht geschaffen, besondere Formationen bewaffneter Menschen entstehen, und jede Revolution, die den Staatsapparat zerstört, zeigt uns sehr deutlich, wie die herrschende Klasse die ihr dienenden besonderen Formationen bewaffneter Menschen zu erneuern sucht und wie die unterdrückte Klasse danach strebt, eine neue Organisation dieser Art zu schaffen, die fähig ist, nicht den Ausbeutern, sondern den Ausgebeuteten zu dienen.“ (W. I. Lenin, „Staat und Revolution“)

Begründungen für eine verrottete Linie

Unsere Genossen von der Spartacist League/Britain setzten sich in ihrem Flugblatt zur antifaschistischen Demo am 16. Oktober auch mit den Argumenten von Mitgliedern der Socialist Workers Party und von Militant (die die ANL und JRE organisieren) auseinander, mit denen die Aufrufe ihrer Organisationen an den kapitalistischen Staat gerechtfertigt werden, er solle gegen die Nazis vorgehen. Ihre kleineren deutschen Schwesterorganisationen, Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) und Voran, warten bestenfalls mit ähnlichen Argumenten auf. Wir drucken den Text auszugsweise ab.

Militant/SWP: „Wir können uns nicht auf den Staat verlassen, daß er die Nazis stoppt“ (*Socialist Worker*, 9. Oktober). „Militant Labour ist nicht davon abhängig oder will nicht, daß der Staat die BNP verbietet“ (*Militant*, 8. Oktober).

SL/B: ANL und JRE verlassen sich *doch* auf den Staat, daß er die Nazis stoppt. Ihre Vorstellung ist eine große Mobilisierung von Antifaschisten auf den Straßen ... um Druck auf den Staat auszuüben, damit er gegen die BNP vorgeht. Sie beide richten unaufhörlich Unterschriftenlisten an den Council (Stadtrat) von Bexley, er solle das BNP-Hauptquartier dichtmachen. *SW* sagt, „wenn es unserem Druck gelingt, den von den Tories regierten Council von Bexley dazu zu bringen, daß er ihr Hauptquartier dichtmacht, wird es ein gewaltiger Sieg sein“. Am 25. Juni organisierte die JRE eine Protestaktion vor dem Innenministerium mit der Forderung, die Regierung solle das BNP-HQ dichtmachen. Der *Militant* (11. Juni) verkündete stolz: „JRE [in Deutschland] erreicht Verbot von Neo-Nazi-Konferenz.“ Sie bezeichneten diese Maßnahme der bayerischen Gerichte als einen „Sieg für uns“. Doch im September hielt die NPD ihre Konferenz trotzdem ab. Was für ein Sieg!

Militant/SWP: Aber wir „verlassen“ uns nicht auf den Staat: Wir machen diese Aufrufe nur, um neue, unerfahrene Antirassisten, die noch keine Sozialisten sind, zum Kampf gegen die BNP zu bringen.

SL/B: Appelle an den Staat sind 180 Grad entgegengesetzt zu dem, was eigentlich benötigt wird: Massenaktionen von Gewerkschaften und Minderheiten, um die BNP zu stoppen. Wenn man Leuten erzählt, sie sollen auf den Staat Druck ausüben, dann lenkt man ihre Energien ab. Man führt sie in die Irre, erzieht sie falsch und verstärkt Illusionen in bürgerliche Demokratie. Unterschriftensammeln *stoppt nicht Faschisten* — aber dafür schaffen sie für den kapitalistischen Staat einen Präzedenzfall, Organisationen der Linken und antifaschistische Aktionen zu zensieren, zu verbieten und zu unterdrücken. Der Public Order Act von 1936 sollte eine Maßnahme gegen den Faschisten Mosley sein. Seitdem ist er benutzt worden, um die Linke zu unterdrücken. Heute wird er genau gegen diese Demo benutzt.

Die Aufgabe von revolutionären Sozialisten ist es nicht, sich an liberale Ideen anzunähern, sondern die harten Argumente zu machen für die klare Vorstellung von Marx und

Lenin über den *Klassencharakter* des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Demokratie.

Militant/SWP: Wir glauben nicht, daß der Council oder die Regierung tatsächlich der BNP das Handwerk legen wird: Dieser Aufruf soll nur die Tatsache aufdecken, daß der Staat nicht gegen die Faschisten vorgehen wird.

SL/B: Aber sie glauben in Wirklichkeit *doch*, daß die Regierung den Faschisten das Handwerk legen wird. Als die Polizei am 26. September 57 BNPlers verhaftete, sagte ein ANL-Sprecher: „Wir begrüßten die Polizeiaktion, aber sie hätte wirklich eher kommen sollen. Wir wollten, daß sie den Zeitungsverkauf der BNP in der Gegend schon lange vorher stoppt“ (*Independent*, 27. September).

Wenn die Polizei oder die Gerichte bei der einen oder anderen Gelegenheit gegen die Faschisten vorgehen, werden sie mehr als tausendmal so oft gegen Minderheiten, streikende Arbeiter und Antifaschisten vorgehen. Der bürgerliche Staat wird niemals den Faschismus beseitigen oder auch nur beiseite schieben, denn die Faschisten werden in Reserve gehalten, um den wirklichen Feind zu zerschlagen — die revolutionäre Arbeiterbewegung. In Deutschland wurde 1932 Hitlers SA verboten, doch ein Jahr später wurde Hitler die Macht ausgehändigt, um den deutschen Kapitalismus zu retten.

Die dringende Notwendigkeit von Massenmobilisierungen unter der Führung von disziplinierten Kontingenten der Arbeiterklasse kommt von der Tatsache, daß sie die *entscheidende* soziale Macht haben, den Staat dazu zu bringen, daß er zurückweicht, während ein *entscheidender* Schlag gegen die Faschisten geführt wird. Und sie haben die Macht, das verrottete kapitalistische System loszuwerden, das den Faschismus brütet. Nur ein *Arbeiterstaat* wird die Faschisten unterdrücken, wie die Bolschewiki es mit den Schwarzhundertern nach der Revolution des Oktober 1917 machten.

SWP und Militant wollen nur die Tories rauswerfen — und eine weitere kapitalistische Labour-Regierung rein kriegen. Sie kämpfen nicht dafür, daß die Arbeiterklasse die Macht erobert — das würde eine unversöhnliche politische Opposition gegen die Irreführer von der Labour Party und von den Gewerkschaften erfordern, was die einzige Grundlage für die Schmiedung einer revolutionären Partei ist.

Militant/SWP: Wir sind für „keine Plattform für Faschisten“: Es ist offensichtlich, daß wir für eine unabhängige Mobilisierung sind, um die BNP zu stoppen.

SL/B: Nein, es ist nicht offensichtlich. SWP und Militant Labour benutzen diese Lösung, um eine klare Stellungnahme dazu zu vermeiden, *wer* die Faschisten stoppen wird. Unser Aufruf zu Mobilisierungen der Gewerkschaften/Minderheiten, um die BNP zu stoppen, ist völlig unzweideutig. Genau deshalb haben wir eine marxistische, revolutionäre Perspektive. Der Unterschied zwischen Reformisten und Revolutionären ist genau die Frage des Staates. Der Appell von Militant und SWP an den Staat, gegen die Faschisten vorzugehen, ist ihre *reformistische* Grundposition. ■

Neue Welt-Unordnung und der Zusammenbruch des Stalinismus



Workers Vanguard

Kuba in Gefahr

Nachfolgend drucken wir die redaktionell überarbeitete Rede von Jan Norden, dem Herausgeber von Workers Vanguard und Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., die er am 10. September an der Columbia-Universität in New York gehalten hat (übersetzt und gekürzt aus Workers Vanguard Nr. 585, 8. Oktober).

Um über Kuba zu reden, müssen wir zuerst über die Russische Revolution reden. Denn man kann nicht verstehen, was heute in Kuba geschieht, ohne dies in Zusammenhang mit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion zu bringen, womit man beim Kern des Problems ist.

Die Oktoberrevolution von 1917 in Rußland, angeführt von Lenin und Trotzki, war das entscheidende Ereignis dieses Jahrhunderts, ein Wendepunkt der Weltgeschichte, als zum ersten Mal die Arbeiterklasse, an der Spitze aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, die Macht eroberte auf der Grundlage eines internationalistischen Programms, das die sozialistische Weltrevolution zum Ziel hatte. Die Sowjetunion, die aus dieser Revolution entstand, war selbst

nach der Eroberung der politischen Macht durch Stalin an der Spitze einer konservativen Bürokratie ein entscheidender Faktor in den Kämpfen der 30er Jahre, des Zweiten Weltkriegs, der kolonialen Unabhängigkeitsbewegungen nach dem Krieg; die militärische Stärke der Sowjetunion und besonders ihr Atomwaffenarsenal wehrte die Imperialisten 45 Jahre lang während des Kalten Kriegs und der sogenannten „Entspannung“ ab. Ähnlich hat heute der Zusammenbruch des stalinistischen bürokratischen Regimes im August 1991, der zur Zerstörung des sowjetischen Arbeiterstaats geführt hat, Auswirkungen in der ganzen Welt gehabt und hat sie immer noch. Die Mächtigen der Welt an der Wall Street, im Weißen Haus und im Pentagon tönen groß vom „Tod des Kommunismus“ und verkünden eine „Neue Weltordnung“, dominiert von den Vereinigten Staaten, kaum verhüllt durch den „multilateralen“ Deckmantel ihres Anhängsels, der Vereinten Nationen.

Die Yankee-Imperialisten meinen, daß sie jetzt freie Hand haben, sich alle ihre Feinde vorzunehmen. Und ganz oben auf ihrer „Liste von Feinden“, wie Nixon sie genannt

**Bürokratisches Castro-Regime in der Sackgasse —
Verteidigt Kuba gegen Imperialismus und Konterrevolution!**

hat, ist Kuba – egal, ob ein Republikaner oder ein Demokrat im Weißen Haus sitzt. Dreieinhalb Jahrzehnte nach der Revolution sind die amerikanischen Herrscher immer noch so wütend über die Dreistigkeit dieser Halbkolonie – die nicht nur in ihrem Hinterhof liegt, sondern an der Schwelle zu ihrer Hintertür –, daß sie den Kapitalismus gestürzt hat, und aus Furcht, daß dies die Revolution auch anderswo in ihrem lateinamerikanischen neokolonialen Imperium inspirieren könnte, ist Washington fest entschlossen, die Insel in die Knie zu zwingen.

Kuba ist eine Schlüsselfrage für Revolutionäre auf der ganzen Welt, besonders in den USA und in Lateinamerika, und für die Spartacist Tendenz war es seit ihrem Ursprung in der Revolutionary Tendency (RT) der Socialist Workers Party (SWP) eine prägende Frage. Während die SWP Fidel Castro als einen „unbewußten Trotzlisten“ bejubelte, betonte die RT, daß seine kleinbürgerliche nationalistische Guerillabewegung, die ursprünglich versucht hatte, ein Programm bürgerlich-demokratischer Reformen durchzuführen, sich gezwungen sah, die Kapitalisten zu enteignen, sowohl die ausländischen als auch die einheimischen, weil dies die einzige Alternative dazu war, sich gegenüber dem US-Imperialismus zu ergeben oder von ihm militärisch besiegt zu werden. Und daß der Charakter von Castros Regime und sein politisches Programm qualitativ das gleiche waren wie die von den Stalinisten beherrschten degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten, obwohl der Ursprung von Castros Bewegung des 26. Juli sich von den stalinistischen Parteien unterschied.

Während also die Linken anfänglich enthusiastisch für den Castroismus waren, nahm die Spartacist Tendenz auf der Basis einer marxistischen Analyse die Position ein, daß Kuba ein *deformierter Arbeiterstaat* war, den wir bedingungslos gegen Konterrevolution und Imperialismus verteidigen. Und wir haben darauf bestanden, daß dieses eng begrenzte, nationalistische, bürokratische Regime ein Hindernis für die Ausweitung der Revolution war und ist, daß es eine proletarisch-politische Revolution in Kuba geben muß, um den Weg nach vorn zu öffnen. Wenn „Sozialismus in einem Land“ in der gigantischen Sowjetunion, die ein Sechstel der Welt umfaßte, eine nationalistische Lüge und Unmöglichkeit war, dann ist die Castro-stalinistische Version des Sozialismus auf einer kleinen Karibikinsel, 90 Meilen entfernt von der mächtigsten imperialistischen Macht auf Erden, dies noch viel mehr. Und durch den Untergang des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates, mit dem Kuba drei Viertel seines Außenhandels betrieben hat, von dem es lebenswichtige Öllieferungen bezog und der auch eine militärische Präsenz auf der Insel hatte als Stolperdraht gegen eine US-Invasion, ist nun Kubas Situation aufs äußerste gefährdet.

In unserem Artikel „May Day in Havana“ [1. Mai in Havanna] im *Workers Vanguard* Nr. 576 [21. Mai] haben wir festgestellt, daß die größte Gefahr für Kuba heute darin besteht, daß es durch die Aushungerungsblockade des US-Imperialismus langsam stranguliert wird. Wir schrieben: „Isoliert kann die Kubanische Revolution nicht überleben: ‚Sozialismus auf einer Insel‘ hat keine Zukunft. Die bürokratische Führung des kubanischen deformierten Arbeiterstaates wird dazu getrieben, Anpassung, ‚friedliche Koexistenz‘ mit dem ‚aufgeklärten‘ Kapitalismus zu suchen.“



Workers Vanguard

New York, September 1991: Spartacist League protestiert vor kubanischer UN-Mission gegen Gorbatschows verräterische Einstellung sowjetischer Hilfe

Während wir für eine politische Arbeiterrevolution und eine leninistisch-trozkistische Partei in Kuba eintreten, betonen wir, daß „nur eine Perspektive der Arbeiterrevolution, von proletarischen Aufständen in ganz Lateinamerika und darüber hinaus in die Höhle des imperialistischen Löwen den kubanischen Massen einen Weg vorwärts weisen kann.“ Noch weit mehr als je zuvor ist in dieser verzweifelten Situation der Kernpunkt der Verteidigung von Kuba *international*, besonders in Lateinamerika, und dies ist eine wichtige Aufgabe für Revolutionäre in den USA. Und die entscheidende Hilfe liegt nicht darin, daß verschiedene Solidaritätskomitees Arzneimittel sammeln, so sehr das auch gebraucht wird, sondern im Kampf für die proletarische Revolution *hier* und in den industriellen Schlüsselzentren Lateinamerikas – Mexiko, Brasilien, Argentinien.

Kuba in extremer Gefahr

Wir sind vor kurzem von einer zweiwöchigen Reise nach Kuba zurückgekommen, bei der wir quer durch die Insel gereist sind, deshalb würde ich euch gern einige Eindrücke von der Situation in Kuba geben. Zuerst ist es wichtig zu betonen, daß diese winzige Insel den höchsten Lebensstandard der Arbeiterklasse in ganz Lateinamerika erreicht hat. Nach den offiziellen Statistiken liegt das Bruttosozialprodukt bei 2500 Dollar pro Kopf. Das ist ungefähr soviel wie in Argentinien, aber man kann die Statistiken eines Arbeiterstaates nicht direkt mit denen eines kapitalistischen Landes vergleichen. Schon allein der Grad an Ungleichheit ist in Kuba weit geringer. Man sieht sofort, daß die Arbeiterviertel in und um Havanna und Santiago de Cuba in besserem Zustand sind als die riesigen Slums, die Buenos Aires umgeben.

Und man sieht es an einer ganzen Reihe von Statistiken: Die Säuglingssterblichkeit in Kuba ist jetzt auf 9,3 pro tausend gesunken, weniger als in New York, und sie ist während dieser schweren Wirtschaftskrise weiter gesunken. Die Lebenserwartung beträgt für Männer 72 Jahre und für Frauen 76 Jahre. Der Anteil der Menschen, die lesen und schreiben können, liegt mit 96,2 Prozent höher als in den USA; 88 Prozent der Kinder im schulpflichtigen Alter gehen auf weiterführende Schulen; es gibt eine große Anzahl von Universitätsstudenten und Absolventen, von denen die Mehrheit Frauen sind.

Fortgesetzt auf Seite 10



Workers Vanguard

Zweigleisige Wirtschaft schafft Luxus für diejenigen mit „Dollar-Zugang“. Pool im exklusiven „Diplo Club“ in Havanna

Kuba...

Fortsetzung von Seite 9

Dies könnte man noch lange fortführen. Kuba hat den zweithöchsten Nahrungsmittelverbrauch pro Kopf in Lateinamerika, der Kalorienverbrauch beträgt mehr als 3100 pro Tag. 95 Prozent der Bevölkerung hat Elektrizität. Mit 22,5 Prozent der Beschäftigten in der Industrie (und weiteren 16 Prozent im Baugewerbe und Transportwesen) war es das bei weitem industrialisierteste Land Lateinamerikas. Aber ganz plötzlich ist dieses Land brutal in eine vorindustrielle Periode zurückgeworfen worden.

Heute ist Kuba dem ernstesten und kritischsten Augenblick seit der Revolution ausgesetzt — etwas, was dort jeder versteht. Die Situation ist grauenhaft, weil sie zwischen der amerikanischen Blockade und dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks gefangen sind. Die Leute erzählen einem, daß sie seit 1989, als der Sowjetblock zusammenzubrechen begann — mit kapitalistisch-restaurativen Regierungen in Polen und der Tschechoslowakei und der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands —, nie gedacht haben, daß sie überhaupt so lange durchhalten würden. Ihre Haltung ist, wir haben es irgendwie bis hierher geschafft, aber so kann es nicht weitergehen.

Die Tatsache, daß Kuba gegen diesen enormen Druck standhalten konnte, ist ein direktes Ergebnis des kollektivierte Eigentums. Nehmt zum Beispiel die Frage von Energie und Transport. Weil die Sowjetunion Kuba den Ölhahn zugekehrt hat, ist die Energieversorgung drastisch auf 30 Prozent des früheren Niveaus zurückgegangen. Das bedeutete, daß eine ganze Reihe von Industrien massiv zurückgeschaltet wurden und der Transport praktisch militarisiert wurde. Mehr als eine Million Fahrräder wurden aus China importiert, und Kuba hat angefangen, seine eigenen Fahrräder zu bauen. Sie haben auch damit angefangen, Karren herzustellen, die von Pferden gezogen werden und als Taxis dienen — es macht einen rasend zu sehen, wie sie auf einen vormotorisierten Stand zurückgezwungen werden.

Aber was vielleicht zum Mittelpunkt der Krise werden wird, ist die Frage der Nahrungsmittel. Hungrige Bäuche ergeben eine Menge Stimmen bei Wahlen, wie die Sandinistas 1990 erfahren haben. Wenn es eine Perspektive gibt, dann kommen die Menschen über viel hinweg, aber es gibt keine Aussicht darauf, daß es aufhört, und es sieht wirklich sehr schlecht aus — es gibt *sehr* wenig zu essen. Ich möchte

euch hier die Liste der Rationen in Centro Habana vorlesen: Brot — ein Brötchen pro Tag. Mehr nicht. Reis — fünf Pfund pro Monat. Zucker — sechs Pfund pro Monat. Speiseöl — ein Viertel Liter pro Monat. Getrocknete Bohnen — *ein halbes Pfund* pro Monat. Zigaretten — nun, sie haben Tabak, also bekommen sie vier Stangen pro Monat. Hühnerfleisch — *ein halbes Pfund* alle zwei Monate, „cuando llega“ (wenn es geliefert wird). Eier — 16 pro Monat. Fisch — zwei Pfund pro Monat, das ist die Haupteiweißquelle, was immer noch zu bekommen ist, weil Kanada Kuba vor Neufundland fischen läßt. Und Milch gibt es für Kinder unter sieben Jahren, aber für niemanden sonst.

Ein Wissenschaftler von Mitte 30, mit dem wir uns unterhalten haben, erklärte, daß es nicht nur der Mangel an Nahrungsmitteln ist, sondern wie demoralisierend dies ist. Er sagte:

„Vor zehn Jahren hätte ich nie irgend etwas auf dem Schwarzmarkt gekauft, ich unterstützte die Revolution. Aber man hat eine Familie, man hat Kinder, also geht man hin und kauft etwas Milch auf dem Schwarzmarkt, und dann fühlt man sich schrecklich. Man fühlt sich einfach demoralisiert, weil man es getan hat.“

Verschiedene Leute, mit denen wir geredet haben, argumentierten, daß Kuba zur Lösung der Nahrungskrise eine „Neue Ökonomische Politik“ braucht, wie die NEP in der Sowjetunion während der 20er Jahre, als es Kleinbauern erlaubt wurde, ihre eigenen Produkte zu vermarkten. In der Tat gibt es relativ wenig unabhängige Bauern; die meisten sind in Kooperativen, und dann gibt es noch Staatsfarmen. Aber wie dem auch sei, eine NEP wird die Probleme nicht lösen. In der Sowjetunion gab es, kaum daß sie den Privathandel zugelassen hatte — was, wie Lenin offen zugab, ein Rückzug in Richtung Kapitalismus war, ein *zeitweiliger* Rückzug —, die „Scherenkrise“, wie Trotzki es genannt hat, ein Mißverhältnis von Preisen und Produktion in der Industrie und Landwirtschaft. Die Bauern produzierten einfach nichts mehr, weil sie mit ihren Einnahmen nichts kaufen konnten. Nun, in Kuba geht die Schere massiv auseinander, und es ist völlig egal, ob die Bauern in Pesos oder Dollar bezahlt werden, denn es gibt sehr wenig an Industrieproduktion, um die Produkte bereitzustellen, die sie benötigen.

Es wäre möglich, eine beträchtliche Zunahme der Nahrungsmittelproduktion zu erreichen, indem man eine entschiedene Mobilisierung der Werktätigen organisiert. Aber um das zu machen, wäre es notwendig, wirkliche Arbeiterdemokratie einzuführen, damit die Arbeiter selber entscheiden können, was getan werden muß, um mit der Krise fertigzuwerden. Und solch eine Mobilisierung würde in die zur Einführung kapitalistischer Marktmechanismen entgegengesetzte Richtung gehen. Während die Kubaner also immer noch unterschiedliche Sachen wie die studentischen Arbeitsbrigaden und die Arbeitsarmee der Jugendlichen haben, die noch aus den ersten Jahren der Revolution stammen, so hat die Regierung dies *nicht* ausgeweitet. Es gibt eine Wanderungsbewegung hinaus aus den Städten, Menschen gehen zurück zu ihren Familien aufs Land, aber dies passiert überwiegend individuell. Und auf jeden Fall ist der Kernpunkt der, daß *Kuba nicht über die Krise wegkommen kann, indem es sich auf eine vorindustrielle Gesellschaft zurückzieht und landwirtschaftliche Selbstversorgung anstrebt.*

Oder nehmt den Fall dieser eigenartigen Augenkrank-

heit, die sie „Optoneuritis“ genannt haben. Im letzten März haben sie zufällig von der Existenz dieser Epidemie erfahren, weil die Behörden in der Provinz Pinar del Río im Westen andauernd nach mehr Medizin verlangt haben. Die Ärzte entschieden aufgrund der Anhaltspunkte, daß Vitaminmangel eine der möglichen Ursachen ist. Angesichts der Nahrungsmittelknappheit, durch die die Rationen auf rund 1200 Kalorien pro Tag reduziert wurden, gibt es eine wirkliche Gefahr von Unterernährung, obwohl niemand verhungert. Die Regierung entschied, eine Multivitamin-Tablette des B-Komplexes zu produzieren, und 35 Tage nach dem Zeitpunkt, wo sie die Existenz dieser Krankheit herausgefunden hatten, fingen sie mit der Produktion dieser Tabletten an. Sie produzieren jetzt elf Millionen Tabletten pro Tag; es gibt elf Millionen Menschen im Land. Diese Tabletten werden den Hausärzten gegeben – ja, sie machen Hausbesuche –, die herumgehen und diese Tabletten verteilen. Einmal im Monat bekommt man eine Packung mit 30 Pillen, weitere 30 für jedes Kind, für jeden im Haushalt.

Angesichts einer Notsituation waren sie also in der Lage, einige grundlegende Maßnahmen zu ergreifen und effektiv zu intervenieren, mit dem Ergebnis, daß die Zahl neuer Fälle dramatisch gesunken ist. Dies ist eine fundamentale Demonstration der Stärke der kollektivierten Wirtschaft, schnell Ressourcen mobilisieren zu können. Aber es zeigt auch auf höchst dramatische Weise, wie schlimm die wirtschaftliche Situation in Kuba heute ist.

Castros bürokratisches Regime in der Sackgasse

In der Ankündigung dieser Rede haben wir gesagt, daß das bürokratische Castro-Regime in einer „Sackgasse“ steckt. Trotzki hat immer wieder betont, daß – wenn die parasitäre bürokratische Kaste in Rußland nicht rechtzeitig durch Arbeitersowjets gestürzt wird – die stalinistischen Verräter der Revolution, die die internationale Ausweitung verhindern, zu einer sozialen Konterrevolution führen würden, wie es jetzt in Osteuropa und der Sowjetunion geschehen ist, wie es China und Vietnam droht und heute unheilvoll über Kuba schwebt.

Was sind also heute die Aussichten für Kuba? Ohne beträchtliche staatliche Hilfe eines weit mächtigeren Arbeiterstaats kann der deformierte Arbeiterstaat auf dieser Insel mit seinen elf Millionen Menschen nicht aus eigener Kraft überleben, und solche Hilfe ist nicht verfügbar. Das ist klar. Das Castro-Regime ist sich auch recht genau darüber im klaren, was seine Aussichten sind, weshalb es sich als lateinamerikanisch nationalistisch darzustellen versucht und José Martí statt Karl Marx in den Vordergrund stellt. Und es führt ganz bewußt Maßnahmen ein, die zu einem kapitalistischen Markt und zu kapitalistischen Eigentumsformen führen. Castro hielt vor sechs oder acht Monaten eine Rede, in der er sagte, wir brauchen unbedingt Dollars, wir haben kein Öl zu verkaufen, was wir verkaufen können, ist der Strand. Das machen sie jetzt also. Bisher sind dies Joint ventures, meist mit spanischen oder kanadischen Firmen, es sind Verträge begrenzter Natur, fünf Jahre Laufzeit, und das tatsächliche Eigentum bleibt beim kubanischen Staat. Aber es gibt eine Diskussion darüber, weit über Joint ventures im Tourismus hinauszugehen, und genauso auch in der Industrie. Es gibt schon Joint ventures mit den Kanadiern über mögliche Ölbohrungen.

Am 26. Juli, dem 40. Jahrestag des Angriffs auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba, hat dann Castro seine Rede gehalten, in der er ankündigte, daß der Besitz von Dollars im Lande legalisiert werde. Dies wird wahrscheinlich ein Wendepunkt werden. Interessanterweise gab es diesmal keine Großdemonstration zum Jahrestag. Viele Untergrunddiskussionen drehten sich darum, daß zusätzlich

zu den sehr realen wirtschaftlichen Gründen, warum es für sie schwierig war, für eine Feier im großen Stil zu mobilisieren – es waren am 1. Mai in Havanna gerade erst eine Million Menschen gewesen, so viel wie noch nie –, wir von Leuten in der Kommunistischen Partei hörten, sie seien darüber besorgt, daß bei Castros Ankündigung, daß der Besitz von Dollars legalisiert werden sollte, möglicherweise ein lautes „Nein!“ von Parteimilitanten aus der Menge kommen würde.

Die Legalisierung des Dollar-Besitzes war auf der einen Seite eine Anerkennung der Realität, denn es gibt eine Menge von Leuten, die in Kuba heute Dollars besitzen. Der Tourismus ist eine ziemlich große Wirtschaftsbranche – er ist in den letzten vier oder fünf Jahren um 40 Prozent pro Jahr gestiegen. Zusätzlich haben die Exil-Kubaner in Miami, die Gusanos, Geld rübergeschickt. Teilweise wollten sie damit also etwas von der enormen Menge an Dollars unter den Matratzen hervorholen, damit sie diese Devisen zur Finanzierung von Importen benutzen können. Und um das zu machen, reorganisierten sie das Netz von Dollar-Läden, die an Kubaner verkaufen, so ungefähr im Stil der „Intershops“, die es in der DDR gab. Aber in erster Linie bedeutet die Legalisierung des Dollars einen großen Einbruch in das staatliche Außenhandelsmonopol, eines der grundlegenden wirtschaftlichen Erfordernisse für die Existenz eines Arbeiterstaats. Damit wird der Dollarisierung der Wirtschaft Tür und Tor geöffnet.

Im Austausch dafür, ein paar Devisen zu bekommen, macht das Regime den Dollar zum allseits begehrten Objekt. Erinnert euch daran, daß es in der DDR am 18. März 1990 die – wie wir es nannten – „D-Mark-Wahlen“ gegeben hat. Wir haben hart dagegen gekämpft, und die Spartakist-Arbeiterpartei war die einzige, die klipp und klar „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!“ gesagt hat. Der entscheidende Punkt war, daß Gorbatschow grünes Licht für die westdeutsche Annektion gegeben hat, aber der Schlüssel zum Wahlergebnis war, daß der westdeutsche Kanzler Kohl eine Umtauschrage von DDR-Mark in D-Mark von 1:1 versprochen hat. Und das war in der ganzen vorhergehenden Periode vorbereitet worden, als die DDR-Regierung durch ihre Politik die Menschen praktisch ermutigt hat, sich darauf zu konzentrieren, D-Mark zu bekommen. Dies kann also gewaltige konterrevolutionäre Auswirkungen haben.

Fortgesetzt auf Seite 12

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 06 55, 13366 Berlin Telefon: (0 30) 4 92 78 66 Neue Telefonnummer ab 1. Dezember: (0 30) 4 43 94 00
Duisburg	T. Endruweit, Postlagernd 47051 Duisburg Telefon: (02 03) 6 58 92
Halle	SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle Telefon: (03 45) 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg Telefon: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)
---------------	--



Mario García Joya

Heroische kubanische Kämpfer feiern ihren Sieg nach der Zurückschlagung der von den USA organisierten Schweinebucht-Invasion (Playa Girón) 1961

Kuba...

Fortsetzung von Seite 11

Lenin sagte über die Russische Revolution, daß die Sowjetunion durch die wirtschaftliche Unterminierung der Revolution stärker gefährdet ist als durch die Kanonen der Imperialisten. Und Trotzki sagte in *Verratene Revolution*, seiner Analyse von Stalins UdSSR:

„Eine militärische Intervention ist gefährlich. Eine Intervention billiger Waren im Gefolge der kapitalistischen Armeen wäre weitaus gefährlicher. Der Sieg des Proletariats in einem der westlichen Länder würde natürlich das Kräfteverhältnis mit einem Schlag radikal verändern. Aber solange die UdSSR isoliert bleibt, schlimmer, solange das europäische Proletariat nur Niederlagen erleidet und zurückweicht, solange bemißt sich die Stärke des Sowjetsystems letztlich an der Arbeitsproduktivität...“

Für das winzige Kuba gilt dies noch zehnmal mehr.

Mittlerweile führt die Kombination von schwerer wirtschaftlicher Krise und rapide zunehmender Dollarisierung zu einer explosiven Mißstimmung in der Bevölkerung. Es entwickelt sich so eine Art von zweigleisiger Gesellschaft, es gibt die Menschen, die vom Dollar leben, und diejenigen, die vom Peso leben. Alles in allem erinnert es einen an „900 Tage“, das Buch von Harrison Salisbury über die Belagerung Leningrads, daß es dort zwei Arten von Menschen gegeben hat: die Menschen, die kein Fleisch auf den Knochen hatten, und diejenigen, die Fleisch auf den Knochen hatten – und wenn sie es hatten, dann fragte man sich, wen sie gegessen hatten. Nun, in Kuba heute gibt es eine ganze Nation dünner Menschen, und wenn man Menschen sieht, die fett sind oder auch nur ein bißchen molliger, dann weiß man, daß sie Zugang zum Dollar haben. Sie arbeiten im Tourismus, leben von den Einnahmen aus Prostitution, vielleicht gehören sie zur oberen bürokratischen Elite. Die große Mehrheit der Parteimitglieder hat natürlich *keinen* Zugang zum Dollar, deshalb ist es nicht verwunderlich, daß sie dieser Sache feindlich gegenüberstehen.

Und hier möchte ich über eines der dramatischsten und empfindlichsten Ergebnisse dieser wirtschaftlichen Krise sprechen: die Auswirkungen auf Schwarze. Schwarze haben im großen und ganzen keinen legalen Zugang zum Dollar.

Die Gusanos in Miami sind fast nur Weiße. Das explosive Wachstum der sozialen Spannungen wird also zu einer Verschärfung der Spannungen zwischen Schwarzen und Weißen führen. Und das passiert auch schon. Dies ist besonders schockierend, weil Kuba große Fortschritte bei der Verwirklichung der Gleichheit von Weißen und Schwarzen gemacht hat, und viele der Kader des Staates sind schwarz. Und mit der ökonomischen Krise gibt es einen Prozeß der Lumpenproletarisierung, der diese Gebiete zuerst trifft. Wie einer unserer Freunde bemerkte: „Das alte Havanna kommt wieder zurück.“

Mittlerweile gibt es eine ganze Schicht von sogenannten „Yummies“ – die „Young Upwardly Mobile Marxists“ [Junge aufstiegsorientierte Marxisten], die es zu etwas bringen wollen, selbst wenn das System seinen sozialen Charakter ändert und zu einer kapitalistischen Wirtschaft übergeht. Dies sind die Leute, die im Augenblick in den Planungsstäben für Wirtschaftsfragen sitzen, deren Karrierewunsch es ist, die Gaidars der Konterrevolution in Kuba zu werden – wie Jelzins „Harvard Boy“ in Rußland. Im Moment beraten sie das Regime und haben dabei einen gewissen Einfluß. Ihrer Ansicht nach muß es in Kuba Arbeitslosigkeit geben, muß man verstärkt den freien Markt einführen und so weiter.

Dies sind nun keine bedeutungslosen Leute, sondern sie stellen den Kern der neuen Schicht der Bürokratie dar, die in letzter Zeit hochgekommen ist. Der Außenminister Roberto Robaina, Wirtschaftsminister Carlos Lage und so weiter. Einige von ihnen reden inoffiziell davon, „dem chinesischen Weg“ zu folgen. Aber es ist offensichtlich, daß das winzige Kuba nicht das tun kann, was ein riesiges Land wie China für eine gewisse Periode tun konnte – umfangreiche kapitalistische Wirtschaftsmaßnahmen einzuführen und gleichzeitig die stalinistische bürokratische Herrschaft aufrechtzuerhalten. Und selbst da geht es Hals über Kopf in Richtung Konterrevolution, wie wir kürzlich im *Workers Vanguard* geschrieben haben. In Kuba schauen die rechten Elemente schon weiter und träumen von einer Art friedlicher Konterrevolution, das heißt einer Art sozialdemokratischer Variante des Kapitalismus. Aber diese Idee, sich in eine Art tropisches Schweden zu verwandeln, ein „dritter Weg“, ist abgestandener reformistischer Utopismus. Die größere Gefahr ist im Augenblick nicht eine Gusano-Invasion, sondern die Entwicklung von inneren konterrevolutionären Kräften unter dem extremen Druck der imperialistischen Blockade.

Für proletarisch-politische Revolution – Verteidigt Kuba durch internationale sozialistische Revolution!

Beim Castro-Regime hat sich eine Bunker-Mentalität verfestigt, wie am stalinistischen Schauprozeß gegen General Ochoa 1988 abzulesen war, der hingerichtet wurde, weil er offensichtlich „El Jefe“ [dem Chef] und seinem unmittelbaren Vorgesetzten Raúl Castro widersprochen hatte und weil er eine Annäherungspolitik an den Yankee-Imperialismus betrieben habe. Dies wurde von einer ganzen Reihe von Linken bejubelt oder gerechtfertigt, auch von der schon lange extrotrzkistischen und jetzt ausgesprochen antitrotzkistischen SWP und der National Lawyers Guild [Nationale Rechtsanwalts-gilde], die gleichen Typen pro-stalinistischer Liberaler, die in den 30er Jahren die Moskauer Schauprozesse gerechtfertigt haben. Wie wir wiederholt geschrieben haben: *Man verteidigt Kuba nicht, indem man seine Generäle hinrichtet*. Wir haben darauf hingewiesen, wie Stalin beinahe die Sowjetunion umgebracht hat, als er den Generalstab um Marschall Tuchatschewski 1938/39 säuberte. Sein „Beweis“ für dessen Verrat stellte sich später als Nazi-„Desinformation“ heraus, aber der wirkliche Grund war sein Verdacht,

die Rote Armee sei ein Nest von Trotzlisten und Internationalisten. Im Anschluß an den Ochoa-Prozeß führte Castro eine Säuberung des Innenministeriums durch und machte das Angebot, mit Washington beim „Krieg gegen die Drogen“ zu kooperieren.

Was in Kuba nötig ist, ist nicht eine der vielen bürokratischen Säuberungen, auf die die Stalinisten zurückgreifen, wenn ihre Politik sie in eine Sackgasse geführt hat, sondern eine proletarisch-politische Revolution, um die Bürokratie zu stürzen, die das Land in die Konterrevolution führt, und um sie durch eine Regierung zu ersetzen, die auf demokratischen Arbeitersowjets basiert, in denen alle Parteien, die für die Verteidigung des Arbeiterstaates eintreten, ihre Programme vertreten können. Diese Revolution verlangt vor allem die Herausbildung einer trotzkistischen Avantgardepartei in Kuba, die sie anführt. Dem steht das Castro-Regime zutiefst feindlich gegenüber. Wenn es auch anfangs noch keine konsolidierte Bürokratie hatte – Entscheidungen wurden häufig auf der Basis getroffen, wer gerade mit Castro in seinem Jeep saß –, so war es trotzdem die *bonapartistische* Herrschaft einer kleinbürgerlichen Schicht, die getrennt von und feindlich gegenüber der Arbeiterklasse war. Und 1963 waren sie schnell dabei, die kubanische trotzkistische Gruppe zu verhaften, die mit der Posadas-Tendenz in Verbindung stand, die dann Mitte der 70er Jahre wieder verhaftet wurde, weil sie das „Verbrechen“ begangen hatte, gegen das Verbot aller Parteien außer einer zu verstoßen.

Die SWP versucht, auf die heroische Periode der 60er Jahre und die Leitfigur Che Guevara zurückzugreifen. Sie wollen eine Rückkehr zu den Idealen von Ches Broschüre „Mensch und Sozialismus in Kuba“, wo er gegen materielle Anreize polemisierte. Es gibt permanente Spannungen unter den stalinistischen Herrschern zwischen materiellen Anreizen, brutaler Repression und einer idealistischen Betonung von „moralischen Anreizen“. Jetzt sehen wir im Falle Kubas, daß nach der Abschaffung der Bauernmärkte 1986, weil sie kapitalistische Marktbeziehungen zurückbringen, das Castro-Regime gestern angekündigt hat, wieder Bauernmärkte einzuführen (erst einmal ohne Zwischenhändler). Diese Art von Zick-Zack-Politik ist typisch für diese kleinbürgerliche Kaste, die auf den Eigentumsformen eines Arbeiterstaates sitzt, aber versucht, diese mit dem Imperialismus zu versöhnen.

Ein breites Spektrum von reformistischen Linken in den USA und anderswo haben sich zu einer Kuba-Solidaritätsbewegung zusammengeschlossen, für die das Schwenken der Flagge der kubanischen Solidarität eine billige Art und Weise ist, um ihre Flucht nach rechts zu bemänteln.

Was passiert also mit Kuba? Wir sind dort auf eine Menge Interesse an unserer Analyse der Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion gestoßen. Aber soweit man überhaupt eine politische Bewegung feststellen kann, so geht sie nach rechts. Es gibt eine Entpolitisierung der Jugend, was wir erwartet haben, aber weniger stark, als wir dachten. Wir trafen eine ganze Reihe junger Leute, die keine Parteimitglieder waren, aber sehr stark die Revolution unterstützen. Doch selbst in ihrem Fall ist ihr Bewußtsein stark geprägt vom Stalinismus.

Es gibt eine Art von internationalistischem Bewußtsein, wo die Leute stolz auf die kubanische Intervention in Angola sind und, zum Beispiel in einer Zuckerfabrik, die wir besichtigten, auf den Bau von Zuckerfabriken in Nicaragua und Vietnam. Aber dies hat immer noch mehr kubanisch-nationalistischen Charakter, als proletarisch-internationalistisch zu sein. So daß Castro, als er in Nicaragua eine Zuckerfabrik als Geschenk übergab, den sandinistischen Führern eine Woche, nachdem sie die Macht erobert hatten, auch sagte, daß Nicaragua kein „zweites Kuba“ werden



Sygma

Castro lobte Allendes „friedlichen Weg“ in Chile. Hier mit dem „konstitutionellen Offizier“ General Augusto Pinochet, der im September 1973 den blutigen Putsch gegen die Volksfront-Regierung durchführte

sollte – mit anderen Worten, keine soziale Revolution. Genauso wie er den chilenischen Linken empfohlen hat, dem „demokratischen“ Weg von Allendes Unidad Popular zu folgen, was dann zum blutigen Putsch vom 11. September 1973 in Santiago führte. Morgen ist der 20. Jahrestag dieses tragischen Ereignisses. Castro hatte noch vorher Chile besucht und stand damals sogar Schulter an Schulter mit General Pinochet bei einer Parade der angeblich „demokratischen“ chilenischen Armee.

Der zentrale Widerspruch für Kuba ist, daß das Castro-Regime versucht hat, sich auf der Basis von kubanischem oder lateinamerikanischem Nationalismus zu legitimieren und damit Unterstützung zu mobilisieren, wobei es dies jetzt in noch ausgeprägter Weise tut. Während sie damit Unterstützung gewonnen haben, ist dies dem proletarischen Klassenbewußtsein grundlegend entgegengesetzt und bedeutet letztendlich eine Niederlage für die Kubanische Revolution. In ähnlicher Weise hat Stalins Appell an russischen Nationalismus angesichts der Nazi-Invasion auf kurze Sicht eine gewisse Unterstützung hervorgerufen. Breschnevs „Großmachtstreben“ verschaffte dem sowjetischen

Fortgesetzt auf Seite 14

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
 Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
 Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—
 alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 108

Bestellt bei: Postfach 51 06 55
13366 Berlin

Konto 11988-601
Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 10060

Verteidigt Professor Porstmann!

Am 24. August wurde der führende Immunologe Prof. Tomas Porstmann (45), seit 1972 an der Charité und seit 1988 stellvertretender Direktor seines Instituts, fristlos gekündigt. Die antikommunistische Stasi-Hexenjagd gegen alles, was in der DDR einen Namen hatte, ist der Grund für die Säuberung Zehntausender Wissenschaftler, Ärzte, Lehrer und Künstler aus dem deformierten Arbeiterstaat. 1933 führten die Nazis ihre blutige Säuberung gegen 130 jüdische und linke Professoren aus der Charité. Jetzt wird dieses weltberühmte Forschungsinstitut erneut enthauptet.

Porstmann steht für eine Forschung und Gesundheitsversorgung, die humanistisch motiviert war; in diesem Gesellschaftssystem war das Profitstreben *abgeschafft* worden, das beim Skandal um HIV-kontaminiertes Blut seine tödliche Logik zeigt. 1987 war Porstmann wesentlich an der Entwicklung eines HIV-Antikörpertests beteiligt und hat im Kampf gegen Hepatitis Immunoassays (Antikörpertests) entwickelt.

Für Statthalter von SPD-Hexenjägerin Jutta Limbach wie Erhardt und Dürkop ist Porstmann laut Kündigungsschreiben „in einer rechtsstaatlich arbeitenden“ Uniklinik „unzumutbar“ – weil er sich nicht als „IM“ der Dürkop-Diktatur einkaufen ließ. Unter den Charité-Beschäftigten hat er dafür großen Respekt gewonnen. Porstmann war von diesen Inquisitoren zuerst ein Kuhhandel angeboten worden: er sollte

ehemalige SED-„Nomenklaturkader“ nennen (er selber war immer parteilos), um sich freizukaufen. Diese dreckige Denunzianten-Anwerbung lehnte Porstmann empört ab. Er hat 1992 den wochenlangen Protest der Charité-Beschäftigten gegen die „schwarze Liste“ der 400 Mitarbeiter mitorganisiert, deren Stellen „freigeschossen“ werden sollten. Erst danach konstruierten Gauck & Erhardt den absurden „Stasi“-Vorwurf, Porstmann wäre ein IMS „Labor“.

Die Arbeiterbewegung hat die Macht, die Hexenjagd zurückzuschlagen! Frauen, Schwule, Immigranten und alle Verteidiger von demokratischen Rechten müssen mobilisiert werden, um Prof. Porstmann zu verteidigen. Keine Entlassungen! Sofortige Wiedereinstellung von Prof. Porstmann! Sein Prozeß findet am 14. Dezember um 9.00 Uhr im Arbeitsgericht Berlin, Lützowstraße 106, 10785 Berlin, statt. Macht diesen Fall bekannt! Richtet Protestschreiben an: Senator für Wissenschaft Prof. M. Erhardt, Bredtschneiderstraße 5, 14057 Berlin, Fax-Nr. (0 30) 30 32-4 33; Prof. Dr. M. Dürkop, Präsidentin der Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Fax-Nr. (0 30) 20 93-27 29, und das Arbeitsgericht Berlin, Postfach 36 33, 10727 Berlin, Fax-Nr.: (0 30) 2 62-91 63 mit einer Kopie an Prof. Dr. T. Porstmann, c/o Institut für Medizinische Immunologie der Charité, Schumannstraße 20–21, 10117 Berlin. ■

Kuba...

Fortsetzung von Seite 13

stalinistischen Regime eine gewisse Legitimität, solange der Lebensstandard anstieg. Aber die langfristigen Auswirkungen dieses Programms garantierten die Zerstörung des übrigebliebenen *kommunistischen* Bewußtseins des sowjetischen Proletariats, was letztlich zur Zerstörung der Sowjetunion führte und zu einer Konterrevolution, die von rabiatem Nationalismus gekennzeichnet ist.

Im Juli gab es ein Treffen von lateinamerikanischen Linken in Havanna, das „São-Paulo-Forum“. Nicht der kleinste Hinweis auf Hilfe für Revolutionäre anderswo in Lateinamerika. Im Gegenteil, Castro verwendete den größten Teil seiner Rede für Geschichten über seine Teilnahme am hispano-amerikanischen Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter in Brasilien, und er riet seinen Unterstützern, den Guerillakampf aufzugeben, und pries mehrfach die „Stärke der unbewaffneten Massen“! Gleichzeitig rief das Programm des Forums dazu auf, „den Markt mit demokratischer Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit zu verbinden“. Auf genau solchem sozialdemokratischen Mist tritt zum Beispiel Lula von der brasilianischen Arbeiterpartei (PT) nächstes Jahr bei den Wahlen an, der gleichzeitig freundschaftlichen Umgang mit den internationalen Bankiers pflegt. Und dieses Programm hat keinerlei Hilfe für das umkämpfte Kuba anzubieten. Castros Programm der Koexistenz in der Hemisphäre mit den lateinamerikanischen Bourgeoisien und ihren Yankee-imperialistischen Schutzherrn wird ganz gewiß nicht die Existenz eines Arbeiterstaates verteidigen.

Die eigentliche Verteidigung Kubas liegt außerhalb der Insel, es ist notwendig, den revolutionären Kampf in Lateinamerika, in den USA und anderswo zu führen. Die Aussichten für Kuba sind in der Tat düster, aber das macht es umso dringender und notwendiger zu kämpfen und verpflichtet, ein trotzkistisches Programm zur Verteidigung der Revolution aufzustellen, im wesentlichen durch internationalen revolutionären Kampf. Und dieser Kampf könnte das Ergebnis verändern. Denkt nur an die Tausenden, die auf die Straße gingen, als Castro vor kurzem Brasilien und

Bolivien besuchte. Und es macht dabei einen Unterschied, ob die kubanischen Werktätigen darauf vorbereitet sind, für die Verteidigung ihrer Revolution zu kämpfen. Denn ihr Aushalten gegen eine mörderische Wirtschaftsblockade ist für die lateinamerikanischen Massen eine große Inspiration.

Aber was noch nötiger ist als der Wille zum Kampf, ist ein revolutionäres Programm. In Kuba und hier bedeutet dies, eine Bilanz des Castro-Regimes zu ziehen, mit dem Verständnis dafür, daß das stalinistische Programm des Sozialismus in einem Land, oder in einem Block von Ländern, oder auf einer einzigen Insel, ein Programm für ein Desaster ist. Dieses Programm der Niederlage muß ersetzt werden durch das proletarisch-internationalistische Programm der permanenten Revolution, um die Massen der Unterdrückten, der Armen auf dem Land und in den Städten Lateinamerikas hinter der Arbeiterklasse zu mobilisieren, die im Kampf um die Arbeiterrevolution von trotzkistischen Parteien geführt werden. Und dieser Kampf muß direkt in die „Eingeweide des Monsters“ ausgeweitet werden, wie José Martí die USA genannt hat, denn es ist die sozialistische Revolution *hier*, im imperialistischen Zentrum, die die einzige Garantie ist, daß Kuba wirklich frei von imperialistischer Vorherrschaft sein kann und in die Lage versetzt wird, Schritte in Richtung eines wirklichen Sozialismus zu machen, einer klassenlosen Gesellschaft, aufgebaut auf materiellem Überfluß statt drückendem Mangel.

Wir müssen die Frage der Verteidigung Kubas bei unserer Arbeit in den USA und besonders in Mexiko stark hervorheben und erklären, daß der Schlüssel der Kampf für internationale Revolution ist. Der Wille der kubanischen Massen, Widerstand zu leisten, muß uns anfeuern, für dieses Programm zu kämpfen. Kuba allein kann nicht überleben, aber es ist nicht unvermeidlich, daß Kuba allein bleibt. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga, deren US-amerikanische Sektion die Spartacist League ist, kämpfen für die Wiederschmiedung von Trotzki's Vierter Internationale auf diesem Programm der sozialistischen Weltrevolution, das das Programm der Oktoberrevolution war und der entscheidende Grund für die Existenz der Kommunistischen Internationale. Wir fordern euch auf, euch uns in diesem Kampf anzuschließen. ■

Frauen und Revolution

Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen Spartakist und Women and Revolution (USA)



**Welt-AIDS-Kongreß
in Berlin, Juni 1993:
AIDS-Opfer klagen
Pharma-Industrie an.
Die Profit-Logik
hinter der Medizin
ist tödlich**



dpa

AIDS...

Fortsetzung von Seite 1

und Organtransplantationen wurden durch HIV-kontaminierte Produkte infiziert. Spätestens 1985 hätte diese Gefahr mit dem damals entwickelten Test ein für alle Mal gebannt werden können. Daß dies nicht geschah, war vorzüglich Mord.

Jetzt tritt CSU-„Gesundheits“minister Horst Seehofer als „Retter“ vor die Nation: Er schürt die AIDS-Hysterie, während gleichzeitig die Kohl-Bande jedes Programm für AIDS-Forschung und für die Unterstützung der Kranken zusammenstreicht. Die SPD-Länderregierungen, die die Streichungen mittragen, stecken bis zum Hals in der Vertuschung des Geschäfts mit verseuchtem Blut. So hat der zuständige SPD-Minister Ullrich Galle aus Rheinland-Pfalz, wo auch UB-Plasma ihren Sitz hat, Hinweise auf die kriminellen Praktiken dieser Firma ignoriert und verschleppt. Galle kommt aus dem Team des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und SPD-Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping, was jetzt von Seehofer genüßlich ausgeschlachtet wird.

Bereits im November 1991 bescheinigten 200 Ärzte und Wissenschaftler (viele aus der ehemaligen DDR) der Bonner Regierung die „weltschlechteste AIDS-Bekämpfung“. Wie sie feststellten, fehlt „jeglicher epidemiologischer Überblick und erst recht eine wirksame Politik zur Eindämmung von HIV-Neuinfektionen“ (*Der Spiegel*, 2. Dezember 1991). Als ob es nicht schon schlimm genug wäre. Dieses Jahr gab Bonn dafür lausige DM 1,60 pro Kopf der Bevölkerung aus; nächstes Jahr wird selbst das noch um 15 Millionen D-Mark gekürzt.

Seehofer schreit: „Haltet den Dieb!“ Bonn und die Länderregierungen, CDU wie SPD, haben das ganze makabre Geschäft unter der Decke gehalten, verteidigt und gefördert. Das Bundesgesundheitsamt (BGA) und das Deutsche Rote Kreuz (DRK) rechtfertigen es, die kommerziellen Plasmahersteller tun es, alles nach dem Motto: Was sind ein paar tausend Bluter, die sowieso nicht prozessieren, verglichen mit dem Kurs der Pharmaaktien an der Börse? Die kalt berechnende Profit-Logik hinter der Medizin ist tödlich.

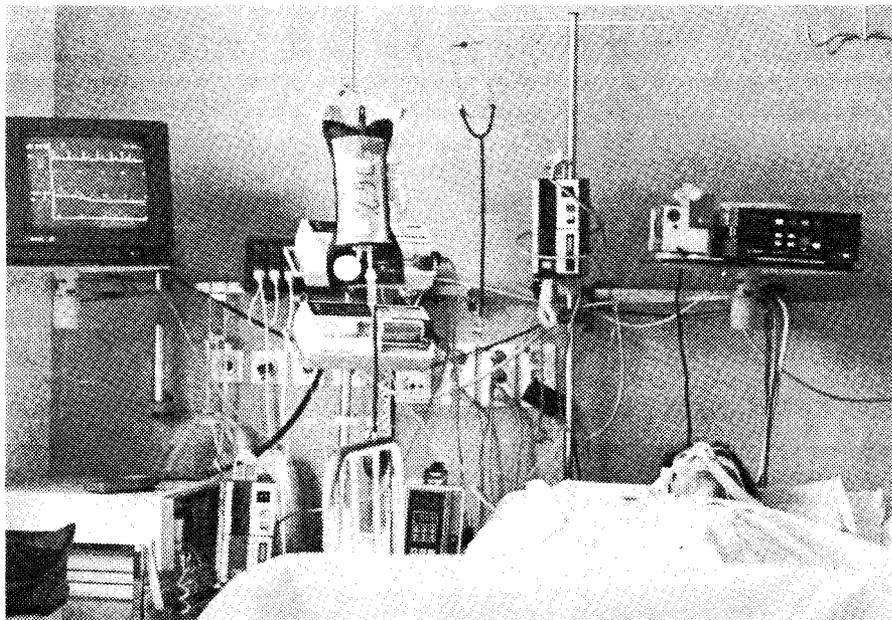
AIDS ist eine tödliche Krankheit, für die bis heute kein Heilmittel entdeckt wurde. Das Humane Immundefizienz-Virus (HIV) wird sexuell übertragen, durch Blut, Samen oder Vaginalsekret, oder durch den Austausch kontaminierter Spritzen durch intravenöse Drogengebraucher. In den fortgeschrittenen Industrieländern breitete sich AIDS zuerst unter Homosexuellen aus, mittlerweile aber am schnellsten in den Armutsbezirken der Innenstädte unter unterdrückten rassischen und nationalen Minderheiten, und löscht ganze Familien aus. AIDS entwickelte sich rasant zu einer weltweiten Epidemie ungeheuren Ausmaßes, eine Krankheit der Armut und des Elends. Heute sind mindestens 15 Millionen Menschen mit dem Virus infiziert, 80 Prozent von ihnen in der „Dritten Welt“, wo Frauen und Männer ungefähr gleich betroffen sind. In Ostafrika entvölkert AIDS ganze Landstriche und breitet sich in alle Richtungen aus, in Asien geht die Explosion von HIV-Infektionen sogar noch rasanter vor sich.

Die gegenwärtige Hysterie über HIV-verseuchte Blutprodukte in Deutschland, wo schätzungsweise 80 000–100 000 Menschen infiziert sind, berührt nur einen winzigen Teil dieser furchtbaren Pandemie. Die Bourgeoisie und ihre Bonner Regierung haben jegliche Versuche, AIDS zu

Fortgesetzt auf Seite 16

Wir brauchen:

- **Massive Mittel für AIDS-Forschung und Behandlung der Kranken**
- **Kostenlose Gesundheitsversorgung höchster Qualität für alle**
- **Kostenlose Abtreibung auf Wunsch**



Der Spiegel



Der Spiegel

Links: Tatort Krankenhaus — die Täter rechts. „Keine Angst“: Süssmuth und Geißler sind dabei

AIDS...

Fortsetzung von Seite 15

bekämpfen, *sabotiert*. Sichere Methoden der Testung und Sterilisierung von Blut sind weltweit bekannt ... aber das geht ins Geld, und sie denken nicht daran, es auszugeben. Im Falle der kontaminierten Blutprodukte gibt es absolut keinen Grund, warum annähernd 5000 Menschen mit dem tödlichen Virus infiziert wurden, außer pure kapitalistische Gier.

Das sind alte und schlechte Nachrichten; neu ist, daß die Regierung die AIDS-Hysterie benutzt, um das Gesundheitswesen insgesamt abzubauen. Die Streichung von AIDS-Bekämpfungsprogrammen ist Teil des breiten Angriffs auf die sozialen Errungenschaften der Werktätigen in Deutschland, einschließlich der wesentlichen medizinischen Dienstleistungen auf Krankenschein. Diese sind Teil der Sozialprogramme, die nach dem Zweiten Weltkrieg im „Sozialstaat“ eingeführt wurden, der als antikommunistisches Bollwerk in den Ländern West- und Südeuropas aufgebaut wurde. Diese Sozialprogramme dienten dazu, das Proletariat zu beschwichtigen und die vorrevolutionäre Situation nach dem Krieg abzubiegen.

Der „Sozialstaat“ und der SPD-verwaltete Burgfrieden haben mit der Konterrevolution im Osten ihre Nützlichkeit für die Kapitalisten überlebt. Der deutsche Imperialismus machte 1990/91 die industrielle Infrastruktur der DDR dem Erdboden gleich, finanzierte diesen kapitalistischen Feldzug durch massive Kredite und erklärte der Arbeiterklasse den Krieg. Jetzt präsentieren sie uns die riesige Rechnung für ihre Zerstörungswut: Massenentlassungen und Betriebs-schließungen, Senkung des Lebensstandards, Demontage der Sozialprogramme. Das deutsche Kapital, selbst von den Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise geschüttelt, ist jetzt die treibende Kraft für den Kahlschlag in der ganzen „Festung Europa“ geworden. Solange die Bourgeoisie die Staatsmacht behält, können proletarische Errungenschaften *immer* zurückgenommen werden. Um die historischen Interessen der Arbeiter und Unterdrückten zu sichern, müssen die Arbeiter es mit dem kapitalistischen System selbst aufnehmen.

Die SPD war die Speerspitze der Konterrevolution in der DDR, die PDS verschenkte den deformierten Arbeiterstaat an die Deutsche Bank. Beide predigen jetzt ein sozialdemokratisches Programm, um die Geschäfte der Bosse auf

„humanere“ Art zu verwalten. Sie fordern staatliche Blutbanken, damit der kapitalistische Staat das Blutgeschäft *direkt* organisieren kann — wohl wie in Frankreich, wo der kapitalistische Staat den Mord an mindestens 1500 Blutern organisierte, ohne die Hilfe kommerzieller Bluthändler. Natürlich hat dieses nutzlose Programm Protest hervorgerufen, und nicht nur von solch illustren Gestalten wie Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, einem Nest alter Nazis, dessen Blutgeschäft sich auf 750 Millionen DM im Jahr beläuft.

Alle notwendigen Ressourcen der Gesellschaft müßten mobilisiert werden, um die Ausbreitung von HIV-Infektionen einzudämmen, die Kranken auf menschenwürdige Weise zu versorgen und mit allen Mitteln die Forschung nach Heilmitteln voranzutreiben. Aber die Herrscher des Vierten Reichs denken nicht daran. Sie wollen ihre Großmachtrolle ausbauen, auf Kosten der Werktätigen und Unterdrückten. In diesem rassistischen, fremdenfeindlichen, antihomosexuellen, bigotten Gesellschaftssystem *wollen* die Kapitalisten und ihre Regierung AIDS nicht wirksam bekämpfen, weil es einfach nicht in ihrem Interesse liegt.

Die Mörder richten

Lenin nannte den bürgerlichen Staat treffend den geschäftsführenden Ausschuß des Kapitals. Hitler wurde durch Krupp und Thyssen finanziert. Helmut Kohl wurde als BASF-Patenkind durch mächtige Kreise ehemaliger IG-Farben-Industrieller in den Kanzlersattel gehievt, die ihr Vermögen mit Holocaust-Sklavenarbeit ergatterten. Der Millionär und für seine räuberischen Machenschaften verurteilte ehemalige FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff ist der führende Vertreter der Versicherungskonzerne, der die HIV-positiven Bluter um *jegliches* Schmerzensgeld brachte; sie bekommen nur kümmerliche Zahlungen für Einkommensverluste und für die eigene Beerdigung. (Rechtlich haften die Bluthändler nicht für ihre Produkte.)

Die BGA-Beamten pendeln zwischen Industrie und Amt. Seehofer beutet die berechtigte Abscheu vor dem BGA aus, daß über 140 000 Arzneimittel zuließ, aber nichts für industrielle Betriebssicherheit tat (die Gesetze sind aus dem 19. Jahrhundert), nichts gegen das hochgiftige Holzschutzmittel Pentachlorphenol (100 000 Opfer) oder die Krebs-erreger Asbest und Mineralfasern, nichts gegen „Unfälle“ bei Hoechst oder Tausende andere Industriegifte. Aber Seehofer will mit dem BGA sogar den Schein der Unabhängig-

keit von der Regierung zerschlagen, dessen Rest-Institute politisch gängeln und völlig an die Industrie ausliefern.

Seit 1982 hat die Kohl-Regierung unter CDU-„Gesundheits“minister Geißler und seiner Nachfolgerin Rita Süßmuth (bekannt für ihr Buch „AIDS: Wege aus der Angst“) alle Warnungen vor der heraufziehenden Katastrophe, u. a. aus dem BGA, systematisch unterdrückt, kritischen Forschern den Mund gestopft, alle Maßnahmen zurückgewiesen, die die Katastrophe hätten verhindern können und alle Vorschläge dazu in den Ministerialschubladen verschwinden lassen. In Berlin veröffentlichte Prof. Johanna L'Age-Stehr (BGA) Ende 1982 ein Memorandum, das Bonns Politik des Laissez faire zu AIDS verurteilte und vor dem Risiko für Tausende warnte, falls HIV-kontaminierte Blutprodukte auf den Markt geworfen würden. Das BGA unter Geißler belohnte sie für ihre Weitsicht dadurch, daß sie in die Gelbfieber-Forschung abgeschoben wurde. Dies hat die Bourgeoisie zweifellos als Strafversetzung begriffen, da Gelbfieber kein großes Problem mehr für Deutschland ist, seit es seine afrikanischen Kolonien verlor. Bis heute darf L'Age-Stehr keine AIDS-Forschung betreiben oder sich öffentlich zu AIDS äußern. In Hamburg warnte der Chef des Zentrums für Transfusionsmedizin früh gegen die unmittelbare Gefahr der HIV-Verseuchung. Er wurde als „Panikmacher“ verschrien und mit Disziplinarmaßnahmen bedroht. 1988 trat er von seinem Posten zurück.

Im Juni 1983 gab es eine Menge Beweise über die Gefahr für Hämophile, aber kontaminiertes Blut wurde bis Oktober 1985 offen verkauft. Dann erließ Bonn ein Gesetz, das die Testung aller Blutspenden vorschrieb; die Produkte, die bereits im Umlauf waren, wurden jedoch *nicht* zurückgerufen und zwei weitere Jahre eingesetzt. Die Krankenkassen wiesen Blutprodukte, die als sicher vor HIV-Kontamination galten, als „zu teuer“ ab. Erst Ende 1987 wurden kommerzielle Hersteller verpflichtet, Blutprodukte gegen HIV zu sterilisieren. Damals schrieb Süßmuth im Organ der Deutschen Hämophilie-Gesellschaft (1987), daß das BGA die Gefahr der HIV-infizierten Blutprodukte „technisch rasch gemeistert“ hätte.

Im Oktober 1992 sagten wir zum Skandal über HIV-infiziertes Blut in Frankreich und Westdeutschland:

„Der internationale Skandal über die Infizierung Tausender Bluter hat die französische Regierung ins Wackeln gebracht. Aber genau dasselbe mörderische Geschäft wurde jahrelang auch in Deutschland betrieben. Die Hauptverantwortlichen dafür sitzen in der Regierung in Bonn. Politiker (incl. die SPD-„Opposition“), Gesundheitsbeamte, Pharmakonzerne, Krankenkassen sowie manch ein prominenter Bluter-Arzt verdrängten nicht nur die Gefahr, sie vertuschen die Katastrophe und schützen die Schuldigen *bis heute*. Sogar die Zahlen des BGA belegen weitere Infektionen unter Blutern. Hier, wie in Frankreich, müßten die Schuldigen von einem Tribunal ihrer Opfer zur Rechenschaft gezogen werden – besonders die Minister und leitenden Beamten der Regierung, die für die tödliche Gesundheitspolitik verantwortlich sind.“ (Spartakist Nr. 98)

In Frankreich sitzt jetzt Michel Garretta, ehemals Chef des staatlichen Transfusionszentrums, lächerliche vier Jahre wegen Verstoßes gegen das Lebensmittelgesetz ab – wie jeder „normale“ Verbrecher, der gepanschten Wein verkauft hat.

Blutgeld

Jetzt geht die bittere Saat der Konterrevolution auch im Westen auf, und die Bosse und ihre Regierung haben sich geschworen, daß die Rettung ihrer abgesackten Profite den Werktätigen sehr, sehr weh tun wird. Ihr Problem dabei ist,

wie sie es den Werktätigen reinwürgen sollen. Das „Gesundheitsstrukturgesetz“, eine CDU/SPD-Koproduktion von Seehofer/Dreßler, wurde lauthals als „großer Fortschritt“ in der CDU-SPD-„Zusammenarbeit“ gefeiert – einer „Sachkoalition“, die schon im August letzten Jahres mit den rassistischen Petersberger SPD-Beschlüssen während des Rostocker Pogroms und mit der Zerstörung des Asylrechts im Mai ihre mörderischen Folgen gezeigt hat.

Die Gesundheits„reform“ hat den Krankenkassen schon Milliarden DM in den Schoß gekippt; chronisch Kranken werden Medikamente verweigert, den Ärzten drohen hohe Geldstrafen, wenn sie „zu viele“ oder „zu teure“ Arznei-



Der Spiegel

1991: Protest gegen Deutschlands „weltschlechteste AIDS-Bekämpfung“

mittel auf Krankenschein verordnen. AIDS-Kranke und alte, pflegebedürftige Menschen können nicht in der berüchtigten „1-Minuten-Medizin“ auf Krankenschein zusammengeflickt werden; sie werden vom Staat wie menschlicher Müll behandelt. Medizin ist Big Business, deshalb wird das Pflichtversicherungssystem mehr und mehr als Bremsklotz zur noch stärker auf den Profit orientierten Umstrukturierung der Branche gesehen, nach dem Prinzip „mehr Markt“. Medizinische Versorgung guter Qualität wird zunehmend zum Privileg der Reichen. Nun ist selbst die „Privatisierung“ des „Reparaturbetriebs Kassenmedizin“ angesagt. Statt zum Arzt zu gehen, sollst du deine Diagnose selber stellen und das Mittelchen direkt in der Apotheke kaufen.

Die Sorge darüber, was in Blut und Blutprodukten steckt, ist sehr wohl berechtigt. Aber mit dem Bonner Blutskandal wird Seehofers Gesundheits„reform“ ausgebaut, durch die die Menschen von den Krankenhäusern und der Gesundheitsversorgung weggetrieben werden. Seit Anfang dieser „Reform“ feiert die Eigenversorgung – vom Naturheilverfahren bis zum Wunderheiler – einen Siegeszug. Die Familie soll mit der „Mutterschaft im Mittelpunkt“ zum Heilbetrieb werden. Die Abtreibung wird für Frauen im ganzen Reich drastisch eingeschränkt und ihre Angehörigen und Ärzte werden einer neuen Inquisition ausgesetzt. Sie sollen wieder Gebärmaschinen sein und darüber hinaus kostenlose Krankenschwestern und Altenpfleger. Und wenn deine Familie nicht helfen kann, Pech: Es gibt immer noch die Straße.

Seehofers AIDS-Skandal trifft mit der Welle sozialer Reaktion zusammen, die seit dem Anschluß mit staatlichem Terror zuerst gegen Immigranten, gegen Drogenabhängige

Fortgesetzt auf Seite 18

AIDS...

Fortsetzung von Seite 17

und Obdachlose angefacht wurde. Wieder steigen die Versuchsballons für eine Meldepflicht. *Die Zeit* (22. Oktober) zitiert den bedrängten AIDS-Forscher des BGA, Prof. Georg Pauli, der über Befürchtungen ernsthafter Wissenschaftler berichtet: „Wir stehen für eine Aids-Politik, die heute nicht mehr angesagt ist.“ Und die hieß: Aufklärung statt Verfolgung, anonyme HIV-Tests statt Meldepflicht und Registratur, die die Infizierten zum Untertauchen gezwungen hätten.“ Im Klartext: Bei ihrem Kreuzzug für „konservative Wertvorstellungen“ à la Steffen Heitmann wollen Kohl & Co. bei der AIDS-Bekämpfung das BGA mit dem BKA (Bundeskriminalamt) ersetzen!

Jetzt werden von den Springer-Blättern bis zum SPD-nahen *Spiegel* dreckige und buchstäbliche „Blut-und-Boden“-Gefühle durch großdeutschen Nationalismus angefacht. Sie heulen über verseuchtes „ausländisches“ Blut von armen Schwarzen in US-Ghettos, mit dem „eine deutsche Mutter“ infiziert werden könnte. Diese Kampagne für „deutsches Blut über alles“ kommt genau zu der Zeit, wo für alle klar ist, daß Deutschland HIV-infiziertes Blut in der ganzen Welt versilbert hat. In diesem Land basiert die rechtliche Definition eines „deutschen Bürgers“ mit Bürgerrechten (die z. B. den ostdeutschen Volksdeutschen gewährt werden) auf dem „deutschen Blut“. Juden sind nicht Teil der „Volksgemeinschaft“. Und in den Blutzapfstellen bitte keine Schwulen oder Menschen, die als „geistig behindert“ eingestuft werden: Sie dürfen nicht spenden.

Vom Asylrecht bis zum Gesundheitswesen züchtet die Bonner Allparteienkoalition Nazi-Terror. Was CDU/SPD demontieren wollen, fackeln die Faschisten ab. Als beispielhaft für aufopferungsvolle Arbeit gilt das Aids-Forum in Berlin-Moabit, dessen Inneneinrichtung in der Nacht vom 3. August durch einen Brandanschlag verwüstet wurde. Das Aids-Forum betreut HIV-positive und AIDS-kranke Kinder, besonders Roma, die in Rumänien durch kontaminierte Blutkonserven angesteckt wurden. Sie werden, wie die übrigen 1000 HIV-positiven Kinder in Westdeutschland, aus der Schule rausgeworfen, erpreßt und sozial isoliert. Ihre Familien sind vor den Pogromen in Osteuropa geflohen und jetzt von Abschiebung bedroht. Vorstandsmitglied des Aids-Forums Gerda Hansen erklärte dem *Spartakist*, was soziale Reaktion für sie heißt:

„Wir haben ein frühgeborenes Kind, das zwölf Blutkonserven gekriegt hat, wovon mindestens eine verseucht war. Die Eltern sind schwerster Diskriminierung ausgesetzt worden; z. B. wurde gesagt, ob sie nicht ihr dreijähriges Kind sexuell mißbraucht hätten, ob es vielleicht

sexuell übertragen worden ist. Das Kind ist inzwischen fast neun Jahre alt, und sie kämpfen immer noch um ihr Recht und haben immer noch keine Entschädigung vom Staat erhalten bzw. vom Krankenhaus.“

Wie der deformierte Arbeiterstaat DDR AIDS bekämpfte

Tausende DDR-Wissenschaftler wurden seit dem Anschluß aus Medizin und Forschung hinausgesäubert, Ende August auch Immunologe Prof. Thomas Porstmann, der an der Charité 1987 maßgeblich an der Entwicklung eines HIV-Antikörper-Tests mitwirkte. Heute aber sind die ehemalige DDR und ganz Osteuropa durch eine Ausbreitung der AIDS-Epidemie gefährdet, weil Massenarbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit diese Gebiete überziehen.

Das DDR-Programm für AIDS-Prävention, Forschung, Betreuung und Behandlung von AIDS-Patienten zeigt anschaulich die enorme Überlegenheit der Planwirtschaft. Während der kapitalistische Westen weniger als nichts tat, war die DDR dabei, ein Programm zu entwickeln, das die besondere Beachtung westlicher Wissenschaftler fand, weil dies ab 1983 geschah, bevor AIDS sich ausbreitete und Infizierte daran erkrankten. Es wurde 1987 auf Regierungsebene zentralisiert und interdisziplinär ausgeweitet. Vier zentrale Behandlungszentren für HIV-Positive und AIDS-Kranke in Ostberlin und ein bescheidenes Netz von Konsultationseinrichtungen für Beratung und Betreuung wurden in Kliniken in jedem Teil der DDR aufgebaut („AIDS und HIV-Infektionen im Gebiet der ehemaligen DDR“, Kiehl und Altmann, 1991).

Die sozialen Katastrophen, die HIV-Gefährdete im Westen quälen und sie von Tests und Behandlung wegtreiben, waren in der DDR kein Thema: Wenn du HIV-positiv warst oder schon an AIDS erkrankt warst, mußt du bestimmt bürokratische Maßnahmen über dich ergehen lassen, aber im Gegensatz zum Westen hast du deine Wohnung, deinen Arbeitsplatz, deine kostenlose medizinische Versorgung nicht verloren. Und wenn du schwul warst, war die DDR gewiß einengend, aber der Paragraph 175, der Schwule kriminalisiert, ist 1972 abgeschafft worden, und du wurdest nicht von Faschisten gejagt und verprügelt.

In der DDR wurde die Medizin nicht für Profit betrieben, sondern sie war kostenlos und das Recht aller. Wie das Recht auf Arbeit und eine bezahlbare Wohnung war sie integraler Bestandteil der historischen Errungenschaften der sozialen Revolution, die mit dem Sieg über den Faschismus 1945 auf den Bajonetten der Roten Armee bis zur Elbe getragen wurden. Das Gesundheitssystem entstand auf Trümmern, unter Chaos, imperialistischer Blockade und Mangel, u. a. an Ärzten. Im Dritten Reich war die Hälfte der Ärzte zu Hitler übergelaufen; die Befreiung führte zu einer Ärztesucht aus der sowjetischen Zone. Aber viele Ärzte, die unter Hitler ins Exil gegangen waren, machten die bewußte Entscheidung, im Osten das neue Gesundheitssystem mit aufzubauen, das auf dem sowjetischen Modell von betriebsorientierten Polikliniken und einheitlicher Sozialversicherung basierte.

Vom ersten Tag an war dies ein Kampf gegen alle alten Einrichtungen, von den zahllosen Kleingewerben privater Ärztepraxen – diesen Bastionen der Reaktion – bis zum industriellen Großkapital der Pharmaproduktion. Im Westen wurde 1948 die Kriegsmaßnahme der kostenlosen Gesundheitsversorgung für alle abgeschafft und die Klassenmedizin zugunsten der privat praktizierenden Ärzte, Versicherungsgesellschaften und Pharmakapitalisten restauriert. Im Osten wurde die Gesundheitsversorgung, befreit vom Profitstreben, auf einem grundsätzlich humanistischen Prinzip aufgebaut, das die Heilung des einzelnen sowie kommunale Präventivmaßnahmen umfaßte. So gab es im Osten

Bestellt!

Nr. 42, Frühjahr/Sommer 1993
DM 2,- (48 Seiten)

Englischsprachige Zeitschrift
der Frauenkommission
der Spartacist League/U.S.

Abonniert:
3 Ausgaben DM 7,-
Luftpost DM 10,-

Bestellt bei:
SpAD, Postfach 51 0655
13366 Berlin
Postgiro Frankfurt/Main
Konto 11988-601
BLZ 500 10060

Women and Revolution

From East Berlin to Tashkent:
**Capitalist Counterrevolution
Tramples on Women**

Letter to the Editors	1
Editorial: Women's Struggle in the U.S.	2
From East Berlin to Tashkent	3
Women's Struggle in the U.S.	4
Women's Struggle in the U.S.	5
Women's Struggle in the U.S.	6
Women's Struggle in the U.S.	7
Women's Struggle in the U.S.	8
Women's Struggle in the U.S.	9
Women's Struggle in the U.S.	10
Women's Struggle in the U.S.	11
Women's Struggle in the U.S.	12
Women's Struggle in the U.S.	13
Women's Struggle in the U.S.	14
Women's Struggle in the U.S.	15
Women's Struggle in the U.S.	16
Women's Struggle in the U.S.	17
Women's Struggle in the U.S.	18
Women's Struggle in the U.S.	19
Women's Struggle in the U.S.	20
Women's Struggle in the U.S.	21
Women's Struggle in the U.S.	22
Women's Struggle in the U.S.	23
Women's Struggle in the U.S.	24
Women's Struggle in the U.S.	25
Women's Struggle in the U.S.	26
Women's Struggle in the U.S.	27
Women's Struggle in the U.S.	28
Women's Struggle in the U.S.	29
Women's Struggle in the U.S.	30
Women's Struggle in the U.S.	31
Women's Struggle in the U.S.	32
Women's Struggle in the U.S.	33
Women's Struggle in the U.S.	34
Women's Struggle in the U.S.	35
Women's Struggle in the U.S.	36
Women's Struggle in the U.S.	37
Women's Struggle in the U.S.	38
Women's Struggle in the U.S.	39
Women's Struggle in the U.S.	40
Women's Struggle in the U.S.	41
Women's Struggle in the U.S.	42
Women's Struggle in the U.S.	43
Women's Struggle in the U.S.	44
Women's Struggle in the U.S.	45
Women's Struggle in the U.S.	46
Women's Struggle in the U.S.	47
Women's Struggle in the U.S.	48

Punctured Equilibrium
Stephen Jay Gould and the Measurement of Marx

verhältnismäßig mehr Epidemiologen und Hygieniker, außerdem gab es enorme und bewußte Anstrengungen, nach der Zerstörung durch den Faschismus das naturwissenschaftliche und medizinische Wissen und die Infrastruktur wiederherzustellen, nach einem neuen Modell der gesellschaftlichen Organisation.

Gleichzeitig war das Gesundheitssystem kein prioritärer Bereich für die DDR. Krankenhäuser waren im allgemeinen recht schäbig und schlecht ausgerüstet, besonders außerhalb Berlins. Es gab wenig ernsthafte Anstrengungen, dem drastischen Abbau des Gesundheitsstandards entgegenzuwirken, deren Ursache die verheerende Luftverschmutzung im Gebiet Halle-Bitterfeld war, wo Braunkohle als Brennstoff eingesetzt wurde (wegen der Knappheit bei der Erdölversorgung); die Behandlung vieler chronischer Krankheiten kam zu kurz. Was gut war an der Medizin in der DDR, war Präventivmedizin und umfassende grundlegende Gesundheits- und Kinderversorgung.

In der DDR war die Bourgeoisie als Klasse zerschlagen worden, aber die parasitäre stalinistische Bürokratie hat der Arbeiterklasse die politische Macht vorenthalten. Der deformierte Arbeiterstaat wies insgesamt Widersprüche auf, die diese Situation widerspiegelten. Schon von Beginn dieses Jahrhunderts an war das industriell hochentwickelte Deutschland die Lokomotive Europas. Das Proletariat insbesondere Sachsens und Thüringens gehörte traditionell zu den fortgeschrittensten Elementen der deutschen Arbeiterbewegung – welche die am besten organisierte und politisch bewußteste in ganz Europa war. Darauf baute im Arbeiterstaat DDR die Stellung der Frauen auf, die im Produktionsprozeß integriert waren und einen hohen Grad an ökonomischer Unabhängigkeit besaßen. Es gibt also materielle und politische Gründe dafür, daß das soziale Bewußtsein der DDR-Bevölkerung in ganz Europa das höchste war und dies die Position der Frauen in der Gesellschaft widerspiegelte, die beispiellose Errungenschaften genossen. Doch wie Trotzki sagte, hatten die Stalinisten „die zerbrochene Schale der Familie wieder zusammengeklebt“, und dies war die Quelle der weiteren Unterdrückung von Frauen und Homosexuellen.

Trotz anfänglichen Widerstandes der DDR-Regierung, die AIDS zuerst als „imperialistische Ausgeburt“ ansah, wurde die AIDS-Prävention *wissenschaftlich* behandelt, im Gegensatz zur Angst und Hysterie, die im Westen sogar von Ärzten und Wissenschaftlern geschürt werden. Homosexuelle wurden z. B. nicht von vornherein als „Risikogruppe“ verdammt, sondern es wurden Sexualpraktiken als „Risikoindikatoren“ diskutiert, die in der Übertragung des Virus relevant waren.

In der DDR wurde eine Reihe bedeutsamer Maßnahmen ergriffen, die im Westen entweder ignoriert oder einfach abgetan wurden. Erstens wurden alle Blutspenden und Blutprodukte, Organ-, Gewebe- und Samenspenden auf HIV-Antikörper getestet, und zwar ab 1985, als der Test im Westen entwickelt wurde. *Keine* Blutprodukte wurden in Umlauf gebracht, die der Kontamination verdächtig wurden. 1987 wurde ein Programm für öffentliche HIV- und AIDS-Aufklärung, u. a. an den Schulen, gestartet. Frühe freiwillige Tests und freiwillige Partner-Nachverfolgung wurden ermutigt. Experten schätzen, daß durch diese Methoden ein Drittel der Infektionen zurückverfolgt wurden. Aber es gab ungenügende Mittel für die notwendige Ausweitung der angefangenen Programme. Und es entspricht der bürokratischen Deformationen der Planwirtschaft in einem halben Land, daß zwar die Pille allgemein zugänglich war, aber nicht Kondome; Gleitgel (das helfen kann, die Übertragung von Viren zu verhindern) gab es überhaupt nicht.

Bei HIV-Infektionen, klassifiziert als sexuell übertrag-



Wochenpost

Anschluß hat Elend im Osten geschaffen, Gesundheitsversorgung zerschlagen, und jetzt breitet sich die AIDS-Epidemie aus

bare Krankheit, galt 1986–88 die namentliche Meldepflicht, bis zum November 1989 in kodierter Form. Diese bürokratische Maßnahme hat sich, wie DDR-Wissenschaftler später in Studien zugeben, in epidemiologischer Hinsicht nicht als effektiv bewährt. Doch trotz des durchaus nicht irrationalen Mißtrauens, solch intime Daten an das medizinische Establishment auszuhändigen, das als Arm des Staats gesehen wurde, waren die Statistiken für freiwillige Tests erheblich höher als im Westen, weil die Leute keine Angst hatten, ein Opfer des Staats zu werden, weil sie sich gemeldet hatten. Der Anschluß brachte aber eine Welle blutiger faschistischer Angriffe auf Schwule, und freiwillige Tests im Osten sackten drastisch ab, als zahlreiche HIV-Gefährdete für anonyme Tests nach Westberlin gingen.

1986 gab es nur 30 diagnostizierte HIV-Infektionen in der DDR; 1989 waren es 69. Heute, drei Jahre nach der Konterrevolution, wird die Zahl der HIV-Positiven im Osten auf 4000 bis 8000 geschätzt (vgl. 80 000 bis 100 000 im Westen). In der DDR wurden genau *fünf* Bluter mit HIV infiziert (und *nicht* durch DDR-Blutprodukte); *kein Mensch* hat in einem DDR-Krankenhaus AIDS gekriegt.

Die Internationale Kommunistische Liga hat die Mauer verteidigt als notwendige, wenn auch bürokratische, Maßnahme gegen die imperialistische Zersetzung des Arbeiterstaats. Aber unsere Unterstützung dieser Verteidigung der Planwirtschaft erstreckte sich nicht auf die bürokratischen Reiseeinschränkungen der DDR oder ihre reaktionäre Politik, HIV-Positive aus dem Land auszuschließen. HIV-Antikörper-Tests waren Pflicht für alle Vertragsarbeiter und Studenten aus anderen Ländern, bevor sie in die DDR einreisten. Denjenigen, die HIV-positiv getestet wurden, wurde die Einreise verweigert – eine objektiv rassistische Maßnahme, die völlig entgegengesetzt ist zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und des menschlichen

Fortgesetzt auf Seite 20

AIDS...

Fortsetzung von Seite 19

Anstands. Die Grenzen jedes einzelnen Staates zu schließen, ist ein reaktionäres und utopisches Programm, das noch dazu unfähig ist, die Ausbreitung von Krankheiten zu stoppen. Wir sind gegen jeglichen Ausschluß aus irgendeinem Staat, einschließlich von afrikanischen Studenten oder Vertragsarbeitern aus der DDR, wegen einer HIV-Infektion. Heute sollen unter Bonns eiserner Faust auch noch die letzten verbliebenen Immigranten aus der ehemaligen DDR deportiert werden.

In der DDR breitete sich das Virus wie im Westen zuerst unter Homosexuellen aus, allerdings sehr viel langsamer. Eine sehr mobile homosexuelle Szene existierte praktisch nicht; praktisch die einzige breiter bekannte Schwulenkneipe war die Mocca-Bar am Alexanderplatz. Das soziale Leben basierte weiterhin auf der Einrichtung der Familie, der Quelle der Unterdrückung von Frauen und Schwulen. Durch die langweilige Konformität, die durch stalinistische Repression aufgezwungen wurde, war die DDR eine ziemlich monotone, statische Gesellschaft, in der soziale Widersprüche unterdrückt wurden. Doch die grundsätzliche soziale Gleichheit einer Gesellschaft, wo jeder einen Arbeitsplatz, eine Ausbildung und eine Wohnung hatte, bedeutete, daß die soziale Entfremdung, die aus tiefer Armut und Unterdrückung stammt und solche gesellschaftlichen Krankheitsphänomene wie Drogenabhängigkeit züchtet, nicht existierte. Während im Westen ca. ein Viertel aller intravenösen Drogengebraucher durch den Austausch von Spritzenbesteck HIV-infiziert sind, wurde HIV in der DDR nicht durch intravenöse Drogengebraucher übertragen.

Wegen dieser Tests und Reiseeinschränkungen gegenüber HIV-Infizierten inszenierte Anfang 1988 Franz Josef Strauß ein Treffen zwischen führenden Kräften des DDR-AIDS-Programms und Bayerns hartgesottenem reaktionären „Gesundheits“minister Gauweiler. Die DDR-Experten fanden Strauß/Gauweilers sinnlose, brutale, kontraproduktive Vorschläge zum Kotzen. Dazu gehörte die Abschottung von Bayerns (und Westdeutschlands) Grenzen gegen alle „Ausländer“, Zwangstests für ganze Berufs- und Bevölkerungsgruppen, bis hin zu KZs für HIV-Infizierte. Bayern setzte manche dieser drakonischen Maßnahmen in Kraft, u. a. Zwangstests in Krankenhäusern, als nationales „Modell“ – wie die Memminger Hexenjagd 1988/89, die als Versuchsballon für den verschärften Abtreibungsparagrafen 218 diente.

Mit der kapitalistischen Konterrevolution wurden die historischen Errungenschaften der DDR zerstört. Die Auswirkungen sind für HIV-Infizierte doppelt schrecklich. Wir Trotzisten haben immer die DDR und die Sowjetunion bedingungslos gegen die drohende Konterrevolution von innen und außen verteidigt trotz der Bürokratie, die die proletarischen Errungenschaften gefährdete und aushöhlte. Wir haben vor den verheerenden Auswirkungen gewarnt, die die kapitalistische Wiedervereinigung bringen würde. Und wir kämpften für die einzig wirksame Verteidigung der Arbeiterstaaten: eine proletarisch-politische Revolution im Osten und eine soziale Revolution im Westen. Für ein rotes Rätedeutschland als Teil eines sozialistischen Europas!

Was tun, und was nicht

In der kapitalistischen Gesellschaft trieft alles, was mit „öffentlicher Gesundheit“ verbunden ist, von Vorurteilen über Klasse, Rasse und Sex. Die außerordentlichen Gewalten, mit denen das Gesetz die Gesundheitsämter ausstattet, sind notwendig, um Infektionskrankheiten zu bekämpfen. Das kann oft recht harsche staatliche Eingriffe ins Privatleben mit sich bringen. Aber Zwangsmaßnahmen auf die

AIDS-Bekämpfung zu übertragen, hilft nichts – im Gegenteil. Heute gibt es für AIDS keinen Impfstoff und keine Kur, und in dieser rassistischen, antischwulen Gesellschaft setzen Maßnahmen wie Zwangstests und Meldepflicht für HIV-Infizierte nur diejenigen, die am dringendsten Hilfe brauchen, der brutalen eskalierenden Bigotterie aus.

Schande und Abscheu, die AIDS-Kranke im Kapitalismus treffen, sind eine Riesenbarriere zur Bekämpfung der Epidemie. Sie werden stigmatisiert, verlieren Arbeit und Wohnung, fristen als Obdachlose ein erbärmliches Leben und landen oft noch im Knast. Wer möchte sich unter diesen Bedingungen freiwillig für einen HIV-Antikörper-Test anmelden? Nicht nur DDR-Forscher, auch das BGA und die Gesundheitsämter sprachen sich jahrelang gegen Zwangstests aus.

Seit der HIV-Antikörper-Test verfügbar ist, hat sich die Internationale Kommunistische Liga gegen Versuche jeder Regierung gestellt, Zwangstests einzuführen – egal für wen. Wir sind für *freiwillige, anonyme* Tests für alle, die es wollen. Wenn es aber einen Impfstoff gegen AIDS gäbe, wären wir für die lückenlose Zwangsimpfung der gesamten Bevölkerung – sogar unter einer reaktionären kapitalistischen Regierung –, weil das Interesse überwiegt, die Ausbreitung dieser Krankheit zu stoppen. Heute fordern wir kostenlose Verteilung von Kondomen, auch an den Schulen, Entkriminalisierung von Drogen, Verteilung von sauberen Spritzen sowie eine sinnvolle, massive Aufklärungskampagne in Fragen der öffentlichen Gesundheit.

Die Antwort auf AIDS liegt in der Wissenschaft, nicht in Hysterie, und schon gar nicht in der staatlichen Kriminalisierung und Verfolgung. Die AIDS-Pandemie, wie so viele andere Gesundheitsfragen, schreit nach internationaler Kooperation bei Forschung und Entwicklung von Behandlungs- und Heilmitteln. Aber im Kapitalismus wird wissenschaftliche AIDS-Forschung durch ein System der medizinischen Versorgung, die für Profit betrieben wird, grundsätzlich verhindert.

Wir brauchen eine revolutionäre Arbeiterpartei

In der DDR fehlten zwar die Mittel, um Präventivprogramme auf alle Krankheiten auszuweiten, doch praktisch jedes Kind wurde in Krippen und Kindergärten gegen Tetanus, Kinderlähmung, Keuchhusten, Tuberkulose, Diphtherie und Masern geimpft. So wurden dort die vier zuletzt genannten Krankheiten praktisch ausgerottet. Dagegen kriegten im Westen z. B. jedes Jahr 100 000 Kinder Keuchhusten; Impfung war und ist im kapitalistischen Deutschland „Privatsache“. Jetzt sind in der Ex-DDR die Krippen und Kindergärten weg, im Gesundheitssystem herrscht Chaos, und Ärzte registrieren einen bedrohlichen Rückgang von Schutzimpfungen. Als erstes brechen wieder Keuchhusten, Tuberkulose und Diphtherie aus (*Frankfurter Rundschau*, 7. Juli). Es ist ein barbarisches Verbrechen, daß die Behörden dieses führenden Industrielandes sich weigern, die einfache Impfung aller Kinder zu gewährleisten.

Die verschärfte Arbeitshetze, gekoppelt mit der Drohung von Entlassungen, treibt schon heute viele krank zur Arbeit: Experten warnen, daß damit ein Anstieg an chronischen Krankheiten und Frühinvalidität droht. Die Pläne für eine weitere Privatisierung der öffentlichen Gesundheit öffnen Epidemien Tür und Tor, so der Rückkehr der virulent gewordenen Tuberkulose, die unter Immigranten und Flüchtlingen schon grassiert, und mehr. Die sichere und qualifizierte ärztliche Versorgung für alle ist ein einfaches Recht der Bevölkerung und eine dringende Notwendigkeit des gesellschaftlichen Lebens auf diesem Planeten. Es liegt im vitalen Interesse aller arbeitenden Menschen, dafür zu kämpfen, daß die organisierte Arbeiterbewegung zusammen mit allen Unterdrückten die mörderischen Pläne der Kohl-Ban-

Berlin, Juni 1991:
Protest gegen faschistische Angriffe auf Homosexuelle. Alle notwendigen Ressourcen der Gesellschaft müssen für den Kampf gegen AIDS eingesetzt werden



Spartakist

de und ihrer SPD-Helfershelfer bekämpft — und das heißt, es mit dem kapitalistischen System selbst aufzunehmen.

Kohls Thron wackelte 1991, als die Arbeiter im öffentlichen Dienst elf Tage lang im Westen streikten. Sie hätten mehr erreicht, wenn die SPD-Bürokraten den Streik nicht ausverkauft hätten, gerade zu dem Zeitpunkt, als er sich in den Osten ausweitete. Beim ostdeutschen Metallarbeiterstreik im April taten die Sozialdemokraten an der IG-Metall-Spitze, mit tatkräftiger Unterstützung der PDS, genau das gleiche, als es an der Ruhr zu brennen anfing. Nur wenn der lähmende politische Einfluß der Sozialdemokraten gebrochen wird, kann die enorme Macht der Arbeiterbewegung in diesem Land freigesetzt werden durch den Aufbau einer klassenkämpferischen alternativen Führung. Es ist notwendig, Frauen, Jugendliche, Immigranten, Schwule, ältere Menschen, Obdachlose und Arbeitslose unter dem Banner des wirklichen proletarischen Internationalismus zu vereinen. Was fehlt, ist eine revolutionäre Arbeiterpartei, um diese kämpfende Einheit zu schmieden im Kampf für die proletarische politische Macht.

Wir haben keine Patentrezepte zum Problem der Krankheit, und wir behaupten nicht, Experten zu sein, wo die wis-

senschaftliche Technologie noch keine Lösung gefunden hat. Aber als Marxisten versuchen wir, an allgemeine soziale Probleme wissenschaftlich und rational heranzugehen. Und wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der die vorhandenen Ressourcen auf der Basis dessen mobilisiert werden können, was die Menschen brauchen — z. B. für die Bekämpfung von Krankheit und die Erziehung der ganzen Bevölkerung —, und nicht dafür, was für die Pharmakonzerne profitabel ist oder was übrig bleibt nach dem Verteidigungshaushalt mit seinen zig Milliarden.

Dieses menschenverachtende Gesellschaftssystem kann nicht geflickt werden, um ihm ein „menschliches Antlitz“ zu verpassen, wie es SPD und PDS wollen. Gesundheitsversorgung guter Qualität für alle liegt objektiv im Bereich des materiell Möglichen, aber nicht im Rahmen des kapitalistischen Systems, das seinen Bürgern noch nicht einmal das Lebensnotwendige zugesteht, obwohl die Produktionskapazitäten und Technologien dafür existieren, die Hungernden auf dem ganzen Planeten zu ernähren. Notwendig ist die völlige Umorganisation der Gesellschaft auf sozialistischer Basis, um das Wissen und die Technologie in den Dienst aller zu stellen. ■

Air France...

Fortsetzung von Seite 1

bestürzt. Die *New York Times* (26. Oktober) tadelte: „Mr. Balladur hat keinen Mumm zur Auseinandersetzung in einer Zeit, wo er in Frankreich eine soziale Explosion von der Art heranreifen sieht, wie sie das Land vor einem Vierteljahrhundert erschüttert hat.“ Und die Arbeiter in Frankreich und ganz Europa sahen den Sieg der Air-France-Arbeiter zu Recht als gewaltige Ermutigung.

Es ging los, als das Management der staatlichen Fluglinie einen „Umstrukturierungs“plan ankündigte, der 4000 Entlassungen zur Folge hätte, um sich auf den verschärften Wettbewerb nach der Freigabe des europäischen Luftfahrtmarktes nach dem 1. Januar 1997 einzustellen. Nach einem „Aktionstag“ von Arbeitern im öffentlichen Dienst am 12. Oktober begannen die Mechaniker und Frachtarbeiter der Air France am nächsten Morgen einen militanten Streik, der den Flugverkehr in ganz Frankreich lahmlegte. Zwei Wochen lang leisteten die Streikenden den Angriffen der CRS-Bereitschaftspolizei Widerstand und schafften es mehrmals zu verhindern, daß Flugzeuge die Landebahn verließen.

Aus Angst vor der Ausweitung des Streiks, besonders auf andere Arbeiter im öffentlichen Dienst, die vor Entlas-

sungen und Lohnkürzungen stehen, ging die Regierung in die Knie. Nur ein paar Tage vor dem spontanen Streik bei der Air France demonstrierten 35 000 Eisenbahner in Paris. Und während des Streiks marschierten 10 000 Lehrer in einem Protest gegen die Regierung durch die französische Hauptstadt.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich nähert sich jetzt 12 Prozent, dem höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg. Nachdem der Pariser Soziologe Oliver Duhamel eine Studie durchgeführt hatte, die zeigte, daß 70 Prozent der Bevölkerung für den Streik waren, bemerkte er: „Alle haben Angst vor Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen, so daß sie eine Art Vergnügen an den Air-France-Protesten empfinden.“

Als die Mitterrand/Balladur-Regierungspürte, daß sie auf einem sozialen Vulkan saß, ging sie daran, den Streik bei Air France schnellstmöglich zu beenden. Innerhalb von ein paar Tagen wurde der „sozialistische“ Boß der Fluglinie, Bernard Attali, rausgeschmissen und sein unglücklicher „Umstrukturierungs“plan zerrissen. Aber statt diesen Sieg weiterzuverfolgen, vergeuden die reformistischen Gewerkschaftsführungen den der Regierung abgerungenen Vorteil.

Mehrere tausend Arbeiter beteiligten sich an einem „Aktionstag“ am 26. Oktober, darunter Flugpersonal der

Fortgesetzt auf Seite 22

Air France...

Fortsetzung von Seite 21

Air France, Angestellte der Air Inter (der verstaatlichten Inlandsfluglinie) und auch Arbeiter von den staatseigenen Eisenbahnen, dem Auto- und Bushersteller Chausson und der verstaatlichten Fernsehproduktionsgesellschaft SFP. Der 26. Oktober hätte das *Sprungbrett* für weitere und sogar größere Klassenschlachten sein können. Aber die feigen reformistischen Gewerkschafts„führer“ taten alles, was sie konnten, um die Mobilisierung zu begrenzen, und führten die Arbeiter um die Flughäfen herum.

Der Air-France-Streik hat erneut gezeigt, daß es der Arbeiterklasse nicht am Willen zu kämpfen fehlt. Als die Regierung ihren kläglichen Rückzieher machte, riefen die reformistischen Bonzen zur Wiederaufnahme der Arbeit auf, aber die Streikenden versuchten, den Kampf fortzuführen. Benötigt wird eine revolutionäre Führung – eine klassenkämpferische Führung in den Gewerkschaften und eine kommunistische Avantgardepartei. Zwar haben die Streikenden der Air France die Regierung dazu gezwungen, den Attali-Plan fallenzulassen, doch ohne eine revolutionäre Führung konnten sie nicht zur Offensive übergehen. In den nächsten Monaten wird das Air-France-Management sicher versuchen, die Gewerkschaftsspitzen in Verhandlungen zu ziehen, um die „Umstrukturierung“ in einer weniger aggressiven Weise weiterzuführen. Jeder weiß, daß der Kampf nicht vorbei ist.

Obwohl die französische Bourgeoisie über das Ende des Streiks erleichtert war, sorgte sie sich über die schwächliche Vorstellung des Balladur-Regimes. Auch in Italien sah die Bourgeoisie im Sieg der Streikenden von Air France einen machtvollen Auftrieb für die Arbeiter, die seit Monaten gegen brutale „Austeritäts“pläne mobilisieren. Alle europäischen Bourgeoisien befürchten, daß der Funke von Air France auf ihre eigenen Arbeiter überschlägt. Als der Air-France-Streik zu Ende ging, traten fast 1200 Piloten und Flugbegleiter der Austrian Airlines in Wien in Streik, in Lissabon besetzten 2000 Streikende der TAP (Air Portugal), die gegen Tausende Entlassungen und einen Lohnstopp kämpfen, die Landebahnen des Flughafens. Einige ihrer Plakate lauteten: „TAP/Air France, der gleiche Kampf!“

Gespenst des Mai '68 verfolgt die französische Bourgeoisie

Überall weckt der Air-France-Streik den hartnäckigen Geist des französischen Mai '68. Der Minister für Transport, Bosson, erklärte in seiner Begründung für die Rücknahme des Attali-Plans, daß „es eine Bewegung war, die es seit dem Mai '68 nicht gegeben hat“ (*Libération*, 27. Oktober). Und der sozialdemokratische Präsident François Mitterrand erklärte auf einer Pressekonferenz, daß „es nicht der Mai '68 ist. Aber diese Gefahr existiert tatsächlich immer noch.“

Vor 25 Jahren brachte die Arbeiter/Studenten-Revolution, die sich spontan über das Land ausweitete, Frankreich an den Rand der Revolution und führte zum Sturz des halbbonapartistischen Regimes von Charles de Gaulle. Nur der unverhohlene Verrat der damals mächtigen, moskaufreundlichen stalinistischen Kommunistischen Partei Frankreichs rettete die bürgerliche Herrschaft und hinderte die Arbeiterklasse, zur Machtübernahme in einem entscheidenden Land im Zentrum von NATO-Europa weiterzugehen. Trotzdem hatte der Mai '68 einen mächtigen Wiederhall in der Welt, besonders in Westeuropa. Das folgende Jahr brachte den italienischen „heißen Herbst“, in dem Arbeiter ihre Fabriken besetzten und die Polizei und Werkschutzbullen bekämpften.

Heute sind von der Ostsee bis zum Mittelmeer die

Bedingungen reif für ein neues '68 und einen „heißen Herbst“. Nach dem Zusammenbruch der deformierten Arbeiterstaaten im Osten führen die herrschenden Klassen überall die gleichen Angriffe auf die Arbeiterklasse: die Zerschlagung der „Sozialstaats“-Konzessionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg gewährt worden waren; Lohnstopps und Lohnkürzungen, Stellenstreichungen und Entlassungen; weitreichende Privatisierungen im öffentlichen Dienst.

In Bonn, Rom und London verfolgen die Kapitalisten die französische Situation genau. Auch dort sind die Angriffe auf die Arbeiter auf aktiven Widerstand gestoßen: Fabrikbesetzungen in Italien, Massenproteste und Streiks der Berg- und Metallarbeiter an der Ruhr. Nach dem kämpferischen ostdeutschen Metallstreik im Frühjahr haben die Kapitalisten jetzt mit der Kündigung des Metall-Tarifvertrages die Arbeiter in Westdeutschland direkt ins Visier genommen, die schweren Bataillone des Industrieproletariats. Eine mächtige soziale Explosion in Frankreich würde starke Schockwellen über die nationalen Grenzen hinaus senden.

Um die Arbeiterklasse zu schwächen und zu spalten, haben die europäischen Bourgeoisien – mit Hilfe von offenen Faschisten – eine massive rassistische Kampagne gegen Einwanderer gestartet. Die Brandanschläge auf Wohnheime von Asylsuchenden gehen einher mit dem Versuch der Regierungen, „illegale“ Einwanderer abzuschieben – wie dem „Null-Immigrations“-Plan des französischen Innenministers Pasqua.

Als Antwort darauf ist eine neue Generation von radikalen Jugendlichen gegen die Faschisten und gegen die „respektablen“ offiziellen rassistischen Pläne auf die Straße gegangen. Es ist notwendig, die soziale Stärke des Proletariats, die beim Air-France-Streik so dramatisch zum Vorschein kam, mit der Militanz der Jugendlichen und Minderheiten zu verbinden, die sich zuletzt am 16. Oktober beim Marsch von 50 000 in London gegen die faschistische British National Party gezeigt hat. In London wurden die Jugendlichen mit voller Wucht von der Bereitschaftspolizei zurückgeschlagen. Aber als in Frankreich die berüchtigten CRS-Truppen gegen die Streikenden eingesetzt wurden, mußte die Regierung klein beigeben, weil sie mit der enormen Macht der Arbeiter konfrontiert war.

Eine klassenkämpferische Führung der militanten Air-France-Arbeiter würde versuchen, eine Brücke zu den eingewanderten Arbeitern zu schlagen, von denen viele in Subunternehmen wie z. B. der Flughafen-Reinigung beschäftigt sind, darunter viele Frauen. Vor einigen Monaten haben diese unterbezahlten und ungeschützten Arbeiterinnen und Arbeiter einen langen Streik geführt, der isoliert nicht siegen konnte. In Orly streikten sie gleichzeitig mit Air France. Sie nehmen einen wichtigen Platz in einem gemeinsamen Kampf ein, der fähig wäre, ihre Forderungen zu erfüllen. Dies könnte der Ansatz für machtvolle Arbeiteraktionen gegen Le Pens Faschisten sein, die die instabile gesellschaftliche Situation ausnutzen wollen. Durch die Weigerung von Piloten, Flüchtlinge abzuschieben, haben in Frankreich von 53 115 geplanten Abschiebungen bisher 44 477 nicht stattgefunden! Die organisierte Arbeiterklasse muß die Deportationen per Luft, Eisenbahn oder auf dem Landweg verhindern!

Der Streik bei Air France bedeutet das Ende der kurzen „Schonzeit“ für Balladur und leitet eine neue Periode von scharfen politischen und sozialen Kämpfen ein. Dies bedeutet auch eine Öffnung für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei, für die unsere französischen Genossen der Ligue Trotskyste de France kämpfen. Die einzige fortschrittliche Lösung der Krise ist der Sturz des Kapitalismus und die Errichtung der Klassenherrschaft der Arbeiter.

Nach Workers Vanguard Nr. 587, 4. November

PKK...

Fortsetzung von Seite 24

discher Abstammung" bekanntgegeben. Jetzt wird wieder eine rassistische Hetze gegen Immigranten in Gang gesetzt, die sich unter dem Vorwand des „Terrorismus“ in erster Linie gegen kurdische und türkische Immigranten richtet. Bonn droht erneut mit Verbot der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK). Scharfmacher Nr. 1 ist dabei die SPD, die die Regierung angreift, weil sie die PKK nicht längst verboten hat. CDU-Innenminister Kanther hat bereits Maßnahmen wie Versammlungs- und Bewegungsverbot angekündigt.

Die Medien beschuldigen die PKK als Urheber der koordinierten Angriffe. Eine Presseerklärung der PKK-Europavertretung vom 4. November erklärt: „Diese Vorfälle haben keinerlei Verbindung mit unserer Partei“. Trotzdem werden die „Angriffe von Kurden auf türkische Institutionen“ als „natürliche und verständliche Reaktionen gegen die Massakrierung und Vernichtung einer Nation“ *gerechtfertigt!* Aber dies waren nicht einfach Angriffe gegen Symbole der Völkermord-Regierung, sondern auch *wahlloser* nationalistischer Terror gegen Türken. Der Wirt der Kneipe „Hermannseck“ in Wiesbaden ist Kurde. In seinem Restaurant tranken Immigranten Tee, als Molotowcocktails durch die Scheiben flogen. Ein 31-jähriger Türke war vom Schock so gelähmt, daß er nicht fliehen konnte und qualvoll verbrannte.

Als Leninisten lehnen wir die substitutionalistische Strategie des individuellen Terrors ab. Nur die Mobilisierung der Arbeiterklasse ist in der Lage, rassistischen Terror zu zerschlagen und den blutigen deutschen Imperialismus und den türkischen Kapitalismus wegzufegen. Doch diejenigen, die solche Angriffe gegen ihre kapitalistischen und nationalen Unterdrücker ausüben, müssen gegen bürgerliche Repression verteidigt werden. Als im Juni kurdische Konsulatsbesetzer die Symbole des Kurdenschlächterstaats Türkei angriffen, haben wir sie gegen staatliche Repression verteidigt. Wir Spartakisten verlangen die Einstellung der monströsen Schauprozesse gegen die PKK; wir sind gegen das Verbot der türkischen linken Gruppe Devrimci Sol und fordern auch Freiheit für die RAF!

Aber die Anschläge der PKK auf Reisebüros und die Entführung von Touristen sind etwas anderes, nämlich Beispiele von *wahllosem Terror* gegen diejenigen, die als „Feind“bevölkerung angesehen werden. Dies spiegelt die völkermörderische Logik des Nationalismus wider, der in den Völkern den Feind sieht statt in deren blutigen herrschenden Klassen. So hat die irische IRA nicht nur Anschläge auf britische Armeestützpunkte und faschistische Orange-Killer (paramilitärische Protestanten) verübt, sondern auch Bomben in Londoner U-Bahnen gelegt und Kneipen überfallen, wo katholische und protestantische Arbeiter gemeinsam trinken. In diesem Fall sind kurdische Nationalisten, durch die völkermörderischen Angriffe des türkischen Regimes an die Wand gedrängt, verzweifelt auf alles Türkische losgegangen, einschließlich Reisebüros, Restaurants und Kulturzentren. Dieser willkürliche Terror gegen unschuldige Menschen ist *durch nichts zu verteidigen*. Gleichzeitig sind wir gegen ein Verbot der PKK und gegen die antikurdischen Repressionsmaßnahmen der deutschen Regierung.

Bei ihrer Konsulatsbesetzung im Juni bettelte die PKK bei Reichskanzler Kohl, er möge „Frieden“ in Kurdistan schaffen. Die Kehrseite von Guerillakrieg und Terrorismus sind Appelle an die Imperialisten oder ihre neokolonialen Lakaien, eine „politische Lösung“ zu schaffen. Im besten Falle würde dies zu einem kurdischen „Bantustan“ führen, wie es sich vor kurzem so tragisch für die Palästinenser bewahrheitet hat, wo die PLO als Bullen für die israelische Besatzungsmacht eingesetzt wird.

Die Sozialdemokratie dient den Herren des deutschen

Imperialismus dadurch, daß sie West gegen Ost, Deutsche gegen Immigranten, Männer gegen Frauen hetzt. Und die PKK gibt ihr Flankendeckung, indem sie die kurdischen Arbeiter auf nationalistischer Grundlage organisiert und den gemeinsamen Klassenkampf mit Türken und anderen Arbeitern gegen den gemeinsamen Feind verhindert. Wahlloser Terror gegen alles Türkische hilft nur den Unterdrückern dabei, ihre Opfer zu spalten. Die PKK hat bewußt entschieden, nach Mölln *nicht* gegen die Nazis zu kämpfen, und sie hat sogar den Nazibrandmord an türkischen Frauen und Mädchen in Solingen als „Ablenkung“ bezeichnet. Und die jetzigen wahllosen Angriffe auf Türken in Europa haben die Lage noch verschlimmert.

Dabei ist die Kampfeinheit von türkischen, kurdischen und allen Arbeitern in Deutschland heute um so dringender, da die deutsche Bourgeoisie jetzt einen allseitigen Krieg gegen die Arbeiterklasse führt. Die faschistischen Sturmtruppen dieser Bourgeoisie machen absolut keinen Unterschied zwischen Türken und Kurden. Besonders nach Mölln gab es wichtige Diskussionen und sogar einige bescheidene Anstrengungen in den Betrieben, die Gewerkschaften gegen Nazi-Terror zu mobilisieren. Angesichts des Aufstiegs des rassistischen Terrors kämpfen wir Spartakisten für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um die Nazis zu zerschlagen. In Solingen haben vor allem türkische und kurdische Demonstranten die Nationalisten aus der Demonstration vertrieben, die türkische Fahnen schwenkten und die Demo mit Rufen „Nieder mit der PKK“ angriffen.

Es wäre ein mächtiges Zeichen der *Klassensolidarität* gewesen, wenn die PKK und andere kurdische linke Gruppen gegen die Nazimorde an Türken in Solingen protestiert hätten. Das hätte auch dazu beigetragen, den nationalen Gegensätzen zwischen Kurden und Türken entgegenzuwirken. Angesichts Ankaras Vernichtungskrieg gegen die kurdische Bevölkerung ist es besonders wichtig für die kurdischen Arbeiter, die türkischen Immigranten in Deutschland zu verteidigen, um den chauvinistischen Appellen der türkischen Herrscher das Wasser abzugraben.

Die Explosion von rassistischem Terror in Deutschland und Ankaras völkermörderischer Krieg in Kurdistan werden direkt angeheizt durch die kapitalistische Wiedervereinigung mit ihrer Verwüstung der DDR und ihrer Vernichtung von Arbeitsplätzen und Sozialprogrammen in ganz Deutschland. Die Spartakisten kämpfen für eine revolutionäre Arbeiterpartei, die kurdische, türkische und andere eingewanderte Arbeiter mit ihren deutschen Klassenbrüdern zum Kampf gegen den Vernichtungsfeldzug des deutschen Imperialismus vereint in einem Klassenkampf, der zur proletarischen Revolution und zur Zerschlagung des Vierten Reichs führt.

Die Einheit türkischer und kurdischer Arbeiter gegen faschistischen Terror in Deutschland kann sehr viel beitragen zur Schmiedung der proletarischen Einheit in der Türkei selbst. Dieses Potential zeigte der Protest gegen die islamischen Fundamentalisten und gegen die türkische Regierung: Nach dem Pogrom von Sivas waren von Istanbul bis Köln Hunderttausende, Türken und Kurden, das erste Mal seit Jahren *gemeinsam* auf der Straße und riefen: „In Sivas die islamischen Reaktionen, in Solingen die Skinheads“.

Eine solche Einheit muß notwendigerweise auf dem Recht der Kurden auf Selbstbestimmung basieren. Dafür müssen die türkischen Arbeiter gewonnen werden, und zwar im Kampf für eine internationalistische revolutionäre Arbeiterpartei, um die NATO/Völkermord-Regierung zu stürzen. Die Befreiung der Kurden erfordert die Zerschlagung von vier kapitalistischen Staaten. Dafür brauchen wir die revolutionäre Allianz der kurdischen, türkischen, arabischen, persischen und hebräisch-sprechenden Arbeiter im Kampf für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan, als Teil einer Föderation der Arbeiterrepubliken im Nahen Osten. ■

SPARTAKIST

Kein Verbot von PKK und Devrimci Sol!

Kurdische und türkische Arbeiter: Stürzt NATO/Völkermord-Regierung in der Türkei!

Der Krieg gegen Kurden hat sich im türkischen Kurdistan in den letzten Monaten dramatisch verschärft. Täglich werden dort 20 Menschen ermordet. Das Vierte Reich ist Pate des Völkermords an Kurden, besonders durch die großzügi-

(Artikel 8) noch verschärft. Kurdische Musik, kurdisch sprechen und das Bekenntnis, Kurde zu sein, sind verboten; „kollektive Arbeitsniederlegungen“ werden als Terrorakt bezeichnet. Allein im kurdischen Lice wurden Hunderte Kurden getötet und das Dorf dem Erdboden gleichgemacht. Jeder denkt heute bei diesem Dorf an das tschechische Lidice, das von den Nazis im Zweiten Weltkrieg vernichtet wurde.

Brandanschlag in Wiesbaden auf türkisches Restaurant: Nein zu wahllosem Terror!

ge Ausbildung der türkischen Armee/Konterguerilla und Waffenlieferungen, und es stützt den NATO-Partner in Ankara. Angesichts des Zerfalls der Sowjetunion und unter der Schirmherrschaft des deutschen Kriegspartners erklärte der türkische Generalstabschef Güres: „Wir werden die Kurden totschiagen. Bis Frühling 1994 werden wir sie liquidieren. Wir werden sie auch in Europa liquidieren.“

Als Reaktion auf den Völkermord kam es jetzt am 3. November zu Überfällen und Brandanschlägen auf türkische Einrichtungen in über 25 Städten in Deutschland, der Schweiz, Frankreich, Dänemark und Britannien. Diese Angriffe galten nicht nur Konsulaten und anderen Symbolen der türkischen herrschenden Klasse, sondern auch Gemüseläden und Restaurants. Dabei wurde ein Mann getötet und Dutzende von Menschen wurden verletzt.

Laut Berichten sind 1,7 Millionen Menschen auf der Flucht, 778 Dörfer wurden mit Flammenwerfern und Panzern zerstört. Gleichzeitig wurde das „Antiterrorgesetz“

Noch in der selben Nacht beuteten deutsche Bullen diese Angriffe für antikurdische Razzien aus. Sie brachen in 29 kurdische Immigrantengruppen, Kulturzentren und Treffpunkte ein und beschlagnahmten Ordner und Flugblätter. Insgesamt wurden bisher 46 Festnahmen von „Türken kur-

Fortgesetzt auf Seite 23

Mit Nazi-Anklagen verurteilt – Freiheit für Mielke!

Im selben Gerichtssaal 700 am Berliner Landgericht, wo 1934 der Nazi-Prozeß zur Erschißung der zwei Polizisten am Bülowplatz stattgefunden hat, wurde am 26. Oktober 1993 Erich Mielke verurteilt. Die Anklage basierte auf denselben Zeugnisaussagen, erpreßt durch Gestapo-Folter. 1934 wurden drei Todesurteile verhängt – gegen Max Matern, Fritz Bröde, Michael Klause. Jetzt wurde über den 85jährigen ehemaligen Stasi-Chef mit sechs Jahren Gefängnis praktisch das Todesurteil gesprochen. Damit wird die antikommunistische Hexenjagd weiter angeheizt, für die Mordanklage gegen DDR-Grenzsoldaten und den rachsüchtigen Prozeß gegen den jüdischen DDR-Meisterspion Markus Wolf in Düsseldorf.



Süddeutsche Zeitung

Die Spartakisten protestierten am Tag der Urteilsverkündung vor dem Berliner Landgericht und forderten „Freiheit für Erich Mielke!“, „Hände weg von Markus Wolf!“ und „Schluß mit der SPD-geführten antikommunistischen Hexenjagd!“ Nichts zeigt deutlicher als der Mielke-Prozeß die Kontinuität des Vierten Reichs, dessen Justiz intakt von Hitler-Deutschland übernommen worden ist. Mit der Hexenjagd soll alles, was mit dem deformierten Arbeiterstaat DDR zusammenhängt, als „Unrechtsstaat“ verdammt werden, um Schlag auf Schlag das Dritte Reich zu rehabilitieren und Rache zu üben für den Sieg der Roten Armee 1945.

Nicht die Verteidigung der DDR war ein Verbrechen, sondern ihr Ausverkauf! Mielkes wirkliche Verbrechen an

der Arbeiterklasse hätten nur von einer politischen Arbeiterrevolution verurteilt werden können. Die Voraussetzung war die Verteidigung der DDR gegen die kapitalistische Konterrevolution, die wir Trotzlisten 1989/90 bekämpft haben. Jetzt wird Mielke von der falschen Klasse für die falschen „Verbrechen“ angeklagt. Die Arbeiterbewegung und Linke muß zu ihrer eigenen Verteidigung dafür mobilisiert werden, die Hexenjagd zu stoppen! Freiheit für Mielke, Hände weg von Markus Wolf! ■